

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

212 (11.9.1908)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokalinserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag  
Verlagsgesellschaft & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuilleton und Unterz.-Beilage: W. Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Biegler in Karlsruhe.

### Wohin geht der Kurs?

So fragt der „Vorwärts“ in zwei Artikeln, die sich gegen Artikel der Genossen David, Kolb und Gradnauer in dem Parteitagshandbuche der „Sozialistischen Monatshefte“ richten. Uns interessiert hier zunächst nur, was der „Vorwärts“ gegen Kolbs Darlegungen einwendet, denn — so meint der „Vorwärts“ — Kolb ist nicht nur ein bewußter, sondern auch ein ehrlicher Revisionist, der seine rachsüchtigen revisionistischen Reklamationen bis zur letzten Konsequenz ausdenkt und offen verkündet. Hören wir also den „Vorwärts“:

Kolb, der nicht nur ein bewußter, sondern ein ehrlicher Revisionist ist, erhebt von neuem die Forderung, daß die ganze Taktik der Partei geändert werden müsse. Diese bisherige Taktik sei weder konsequent reformistisch, noch konsequent revolutionär. Sie erzwinge daher die politische Orientierung. Es sei deshalb notwendig, nicht nur die Süddeutschen in der von ihnen eingeschlagenen Taktik gewähren zu lassen, sondern auch in Norddeutschland, in Preußen müsse eine andere Taktik eingeschlagen werden:

„Für grundsätzlich berichtigt halte ich es, eine Wahlrechtsreform als eine Klassenforderung des Proletariats hinzustellen. In Preußen genau so wie in Süddeutschland.“

Dann an einer anderen Stelle:

„Und es muß ein Weg gefunden werden, auf dem Sozialdemokratie und Liberalismus sich zusammenfinden, um dem heutigen politischen Zustand Preußens und damit im Reiche ein Ende zu bereiten.“

Diese Waffenbrüderschaft mit dem Liberalismus, — und Kolb spricht von „drei Millionen liberaler Wähler“, er rechnet also auch die Nationalliberalen zum bündnisfähigen Liberalismus! — kann nach Kolb nur erreicht werden, wenn unsere ganze Agitationsweise geändert wird:

„Säßen wir eine Politik, die statt nur auf das Agitatorische (1) getrimmt zu sein, darauf gerichtet wäre, die Umstände, unter denen wir zu arbeiten gezwungen sind, selbst zu beeinflussen, es wäre schon jetzt manches anders in Preußen und im Reiche.“

Also, unsere Agitationsweise muß umgekrempelt werden. Wir dürfen nicht mehr eine sozialistische Analyse an der bürgerlichen Gesellschaft und den bürgerlichen Parteien vollziehen, wir dürfen nicht mehr den Klassencharakter des Staates und der bürgerlichen Parteien betonen, wir dürfen nicht mehr nachweisen, daß es wirtschaftliche Gegensätze sind, welche den politischen Kampf beherrschen, wir dürfen nicht mehr festhalten, daß der Feind sich aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Reaktionspartei mauert und mauern muß, wir dürfen nicht mehr aufzeigen, daß nicht nur der Großkapitalismus, sondern auch teilweise das Kleinbürgertum infolge wirtschaftlicher Interessengegensätze ein Gegner nicht nur des Sozialismus, sondern auch der wahrhaftigen Demokratie ist, sondern wir müssen die liberalen Parteien schonen, ihnen nicht allzu heftig zulehen, ihre politischen Gängelungen nicht allzu rücksichtslos enthüllen, wir müssen das Proletariat und das Bürgertum mit allgemeinen Redensarten von der Notwendigkeit und dem Nutzen einer Demokratie einzuschleifen suchen.

Der „Vorwärts“ beliebt hier, meine „revisionistischen“ Gedanken geradewegs auf den Kopf zu stellen. Mit seiner Silbe habe ich — noch hat das je ein anderer Revisionist getan — die Forderung vertreten, den Klassencharakter des heutigen Staates zu leugnen, oder ihn zu verwischen. Niemals bestritten, daß die wirtschaftlichen Gegensätze den politischen Kampf beherrschen; niemals mißtraue ich dem Standpunkt gestellt, die liberalen Parteien zu schonen. Was der „Vorwärts“ hier behauptet, sind Produkte seiner erhitzen Phantasie, weiter nichts.

Was ich — und mit mir alle sogenannten Revisionisten — verlange, das ist nicht die Preisgabe des Klassenkampfes, nicht der Verzicht auf irgendwelche Grundsätze unserer Partei, sondern die Beseitigung des Widerstandes zwischen der Taktik, die wir zu befolgen durch die Verhältnisse gezwungen sind — das ist die Taktik der Reform — und der von Kautsky verfochtenen Katastrophentheorie. Alle Resolutionen, die unsere Taktik festzulegen versuchten (Kölner, Dresdener und Lübecker Resolution) haben sich in der politischen Praxis als verfehlt erwiesen. Kautskys Gedankengang ist kurz zusammengefaßt, folgender:

Je mehr sich die kapitalistisch-industriellen Triebkräfte der Gesellschaft entfalten, umso schärfere Formen nimmt der proletarische Klassenkampf an, umso mehr spitzt sich der Gegensatz zwischen den Ausgebeuteten zu. Und zwar auf

allen Gebieten, insbesondere auch auf dem der politischen Freiheit und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Mit der kapitalistischen Entwicklung muß also auch die Demokratie, sofern sie schon bestanden hat, wieder unterdrückt werden. Sonst würde sich ja der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf rein politischem Gebiete nicht zuspitzen.

Kautsky hält also eine evolutionäre Entwicklung auf keinem Gebiete, weder auf dem wirtschaftlichen noch auf dem politischen für möglich. „Die Gegensätze spitzen sich immer mehr zu, so daß es zu einer großen Entscheidung kommen muß, bei der wir unsere Gegner niederzuwerfen gezwungen sind.“

Diese theoretische Auffassung Kautskys halte ich für falsch und sie ist auch durch die Tatsachen widerlegt. Die Demokratie wird mit der zunehmenden Kapitalisierung der Gesellschaft nicht unterdrückt, sondern sie marschiert, einseitig langsam, aber sie marschiert. Zwar nicht in Preußen — aber Preußen ist glücklicherweise nicht die kapitalistische Welt. In England, in Frankreich, in Skandinavien, in Italien, in Oesterreich — überall hat sich der Kapitalismus entwickelt und die Demokratie ist dabei nicht unterdrückt worden — wie Kautsky behauptet —, vielmehr hat sie sich in allen diesen Staaten vorwärts entwickelt. Auch in Süddeutschland. Gewiß ist der Weg, den die Entwicklung nimmt, nicht überall der gleiche. So schablonenmäßig geht die Weltgeschichte nicht ihren Gang, wie Kautsky uns das fort und fort prophezeit. Wenn man die Entwicklung als Ganzes sich vergegenwärtigt, so geht sie nicht von der Demokratie weg, sondern ihr entgegen und zwar auf dem politischen, wie auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Und daraus müssen wir als politische Partei unsere taktischen Konsequenzen ziehen. Wären wir eine politische Sekte, die auf Dogmen schwört, dann hätten wir das allerdings nicht notwendig, wir würden dann aber auch darauf verzichten, eine große historische Mission zu erfüllen.

Die Revisionisten verlangen nichts anderes, als daß wir aus der seit 30 Jahren befolgten Taktik der Reform, der positiven Mitarbeit im Parlament aus der Taktik der Gemeinlichkeiten, die sich logisch ergebenden Konsequenzen ziehen, d. h. den Glauben an den Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung aufgeben, denn der Sozialismus baut sich nicht auf den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft auf, sondern er entwickelt sich aus derselben heraus. Wir können unmöglich auf die Dauer den Widerspruch zwischen der Taktik der Reform und der „revolutionären“ Katastrophentheorie aufrecht erhalten, denn in diesem Widerspruch wurzelt der latente Konflikt, an dem wir jetzt seit 10 Jahren herumlaborieren und der mit der Entwicklung unserer Partei zu einem machtvollen politischen Faktor sich immer mehr zuspitzt. Hier liegt die Gefahr einer Katastrophe sehr nahe. Wenn Kautsky recht hat, dann muß unsere bisherige Taktik geändert werden, denn dann hat es gar keinen Zweck, sich in der bisherigen Weise in den Parlamenten zu betätigen. Ist die Entwicklung zur politischen Demokratie ausgeglichen, dann ist es sinnlos, Millionen bei den Wahlen auszugeben, sinnlos sich in alle Körperschaften hineinzuwählen zu lassen, aber auch nicht minder sinnlos, die Revisionisten überhaupt noch in der Partei zu dulden. Dann werfe man die Revisionisten hinaus und hole dafür die — Anarcho-Sozialisten. Denn diese haben bereits die Konsequenzen aus der Kautskyschen Katastrophentheorie gezogen. Sie verwerfen den Parlamentarismus — das Parlament ist ja nur eine „bürgerliche“ Einrichtung — und sie propagieren dafür den Generalstreik.

Der „Vorwärts“ fährt in seiner Polemik gegen die Revisionisten mit der Stange im Nebel herum. Er operiert mit Redensarten, macht irtümliche Unterstellungen und geht um den Kern des Streitigen herum, wie die Klage um den heißen Brei.

Die süddeutsche Sozialdemokratie ist so wenig „verbürgerlicht“, wie die preußische. Sie hat es aber aufgegeben, mit bloßen Redensarten und mit Drohungen, vor denen sich kein vernünftiger Mensch angeht, der gegebenen Machtverhältnisse fürchtet, den Klassenkampf zu führen. Sie führt ihn durch die Tat, indem sie den politischen Einfluß des Proletariats überall zu stärken und zu mehren sucht. Wir sind durch diese

Taktik nicht in den Sumpf geraten und der Liberalismus hat dabei nichts gewonnen. Er war noch nie so ohnmächtig gegen uns, als gerade jetzt.

Kautsky und mit ihm alle, die seine Theorie mit und ohne Ueberlegung nachbeten, vergessen, daß das „Bürgertum“ sich weder wirtschaftlich noch politisch in ein abstraktes Schema rubrizieren läßt. Zwischen der eigentlichen Bourgeoisie, d. h. also den Kapitalisten und dem Proletariat gibt es Zwischenglieder, deren Zahl und deren Einfluß fortgesetzt im Wachsen begriffen sind. Diese für den Kampf um die politische Demokratie mobil zu machen, das ist die große Aufgabe der nächsten Zukunft. Hier tritt der Gegensatz zwischen der konsequent revisionistischen und der widerspruchsvollen radikal-revisionistischen Taktik am deutlichsten hervor. Nicht durch Konzessionen an die liberalen Parteien und an das Kleinbürgertum soll unsere Taktik geändert werden — das ist eine Unterstellung, die dadurch nicht wahr wird, daß man sie immer wiederholt —, sondern unsere Taktik soll klar und unzweideutig, der evolutionären Entwicklung entsprechen, mit andern Worten, sie soll nicht immer wieder durch die Spekulation auf den Zusammenbruch beeinflusst und so widerspruchsvoll in sich selbst gemacht werden.

Die preußische Reaktion ist in absehbarer Zeit nur mit Unterstützung jener großen Wählermassen zu besiegen, die noch nicht für den Sozialismus gewonnen sind, niemals gegen sie. Diese Elemente gegen die Reaktion im Liberalismus selbst mobil zu machen, ist nicht zuletzt auch eine politische Aufgabe der Sozialdemokratie. Deshalb darf unsere politische Arbeit nicht nur auf den agitatorischen Erfolg zugeschnitten sein, deshalb, weil wir allein nicht die Macht haben, die Dinge so zu gestalten und zu beeinflussen, wie es in unserem Interesse gelegen ist. Nichts törichter, als der immer wiederkehrende Vorwurf, wir würden durch eine konsequente Taktik der Reform, den letzten Unterschied zwischen uns und der bürgerlichen Demokratie verwischen und eine mit dem bürgerlichen Staat ausgeglichene Reformpartei werden. Nicht durch unsere Taktik, sondern durch unsere Ziele unterscheiden wir uns von der bürgerlichen Demokratie. Wir wollen bewußt den bürgerlichen kapitalistischen Klassenstaat durch die sozialistisch organisierte Gesellschaft ersetzen. Das und nichts anderes ist der Kardinalunterschied zwischen uns und allen anderen Parteien. Dieser Gegensatz aber kann und wird niemals verwischt werden. Die Taktik der Reform ist für uns nur das Mittel zum Zweck. Ich wiederhole: Der Gegensatz zwischen Revisionismus und Radikalismus in der Sozialdemokratie spitzt sich ausschließlich auf die eine Formel zu:

Entweder: Revolution oder Evolution, Umsturz oder Entwicklung, Zusammenbruch oder sukzessiver Aufbau.

Nicht um die Ziele des Sozialismus, also nicht um unsere sozialistischen Grundsätze streiten wir, sondern um die Mittel, die Wege seiner Verwirklichung. Der Kampf dreht sich um die Taktik und nur um diese. Der „Vorwärts“ möge also, anstatt mir sinnlose Unterstellungen zu machen, sich an das halten, was ich sinngemäß geschrieben habe und es dann zu widerlegen versuchen. Die Ehrlichkeit und Konsequenz hat er mir zugestanden. Ich will ihm die Ehrlichkeit selbstverständlich für die von ihm vertretene Taktik ohne weiteres zugestehen, konsequent aber ist der „Vorwärts“ so wenig wie Kautsky. Erst wenn aus der Katastrophentheorie die taktischen Konsequenzen gezogen und so wie ich es für die von mir vertretene Taktik tue — rücksichtslos offen verteidigt werden, ist das Gefechtsfeld völlig geklärt! Dann aber — das ist meine feste Ueberzeugung — muß der „Radikalismus“ in der sozialdemokratischen Partei seine Liquidation anmelden und die „Masse“, die noch übrig bleibt, wird dem Anarcho-Sozialismus zu Eigentum überwiesen. Denn die Konsequenz der Katastrophentheorie für unsere Taktik akzeptiert die erdrückende Mehrheit der deutschen Arbeiter nicht, kann sie nicht akzeptieren, wenn sie eine politische Partei bleiben und nicht eine glaubens-eifrige politische Sekte werden will. Wenn der vom „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ usw. vertretene Radikalismus bis jetzt Oberwasser behalten hat, so nur und



ausgeschlossen deshalb, weil diese Parteigänge stets die ebenso unumkehrbare als beleidigende, bei den Arbeitern zu irrtümlichen Auffassungen führende Behauptung aufstellten, der Revisionismus, d. h. also die konsequente Taktik der Reform sei gleichbedeutend mit der Preisgabe unserer sozialistischen Grundsätze und mit der des Klassenkampfes. Daß das nicht wahr ist, beweisen doch die Tatsachen. Wir führen in Süddeutschland den Klassenkampf so entschieden wie unsere preussischen Genossen, kämpfen mit demselben Eifer für die Verwirklichung unserer Ideale und Grundsätze, nur die Methode unseres Kampfes ist teilweise eine andere. Und unsere Methode war bislang die erfolgreichere, wir sind nicht von der Demokratie weg, sondern ihr entgegenmarchiert. Nicht wir sind den liberalen Parteien entgegengekommen, sondern sie uns. Nicht wir haben an den Liberalismus Konzessionen gemacht, sondern er uns. Unser Kurs ist klar, er führt nicht ins bürgerliche Lager, er führt uns vorwärts.

### Deutsche Politik.

#### Ueber die Pläne zur Reichsfinanzreform

Was bisher ein Schleier gedeckt, den die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ jetzt etwas gelüftet hat. Es soll nicht nur eine Erhöhung der Einnahmen, sondern auch eine umfassende Reorganisation der gesamten Finanzverwaltung des Reiches vorgenommen werden. Vor allem soll das „altpreussische“ System der Sparsamkeit zur Anwendung kommen. Natürlich nicht gegenüber den Ansprüchen des Militarismus und Marinismus und der Kolonialpolitik. Der Massenkonsum gewisser Genussmittel müsse stärker zu den Einnahmen des Reiches herangezogen werden. Von einer direkten Reichseinkommen- und Vermögenssteuer müsse abgesehen werden. Nur die Erbschaftsteuer soll weiter ausgebaut werden. Die Deckung der Matrikularbeiträge sei nur in den Grenzen möglich, die gleichzeitig den Bundesstaaten genügend freien Spielraum lassen. Einzelne charakteristische Erscheinungen des modernen Aufwandes könnten eine Steuerbelastung ohne Gefahr für Handel und Wandel ertragen. In formeller Beziehung sei vor allem die Stärkung des Betriebsfonds des Reiches durch die Befestigung der Vorschlagswirtschaft erforderlich. Sodann erscheine es geboten, unter Wahrung des budgetären Bewilligungsrechts der Volksvertretung die Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten von den alljährlich schwankenden ungedeckten Matrikularbeiträgen loszulösen und auf eine feste Grundlage zu stellen. Die Einführung eines beweglichen, jeweils für eine Reihe von Jahren neu festzustellenden Faktors unter die Einnahmen werde hierzu anzustreben sein.

Das sind alles nur Andeutungen, aber sie besagen genug, um sich ein ungefähres Bild der geplanten Finanzreform zu machen. Mehr indirekte Steuern und Beschränkung des Bewilligungsrechts des Reichstages. Das wird ein harter Kampf geben. Die Gemeingefährlichkeit des Reichslügenverbandes wird treffend illustriert durch folgendes Schreiben, das ein gewisser Wind unserem Straßburger Parteiorgan auf den Tisch wehte:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie Straßburg, . . . . . 08.

Sehr geehrter Herr! Wie wir ersehen haben und wie auch unserer Hauptstelle in Berlin bekannt geworden ist, suchen Sie in letzter Zeit in der hiesigen „Freien Presse“ Arbeiter. Wir möchten Ihnen zu bedenken geben, daß Sie durch Einrichten derartiger Anzeigen in sozialdemokratische Blätter zweifellos die Sozialdemokratie unterstützen. Andererseits

dürfte Ihnen unserer Ansicht nach doch daran gelegen sein, in Ihrem Betriebe möglichst nur national gefinnte Arbeiter einzustellen. Wir möchten Sie daher, als unser Mitglied, höflich bitten, in künftigen Fällen bei etwaigem Arbeiterbedarf sich freundlich an den Bund Vaterländischer Arbeiter, Berlin S.W., Schönbergerstraße 16, wenden zu wollen, der ohne Frage imstande und bereit sein wird, Ihnen genügende Arbeitskräfte nachzuweisen. Nur durch zielbewusste Unterstützung seitens der Herren Arbeitgeber können wir unser Ziel, die deutsche Arbeiterschaft vom Joche der Sozialdemokratie zu befreien, erreichen. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß auch Sie uns in dieser Beziehung Ihre wertvolle Unterstützung in Zukunft nicht versagen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Ortsgruppe Straßburg i. O.

Dr. Schweigert, Rechtsanwalt, Stepmann, Militärbauinspektor, 1. Vorsitzender, Schwanwaldstraße 27. Proglinplatz 10. Schriftführer.

Und diese Sorte Arbeiterfreunde schreit über Terrorismus. Wenn Wilhelm II. sein Wort wahr machen wollte, daß derjenige mit Zuchthaus bestraft werden solle, der andere an freiwilliger Arbeit hindert, dann müßte er zuerst bei den Reichslügenverbändlern den Anfang damit machen.

#### Wieder ein Nichtbefähigter.

In der Lübedischen Gemeinde Moiskling wurde der Schlosser Meyer von den Gemeindegliedern mit 78 gegen 8 Stimmen zum Mitglied des Gemeindevorstandes gewählt. Die Aufsichtsbehörde, das hiesige Stadt- und Landamt, verjagte die Befähigung ohne Angabe von Gründen. Zum zweitenmale wurde Meyer dann mit 86 gegen 24 Stimmen wiederum gewählt, aber auch jetzt nicht befähigt. Bei der dritten Wahl erhielt Meyer 153, der Gegner 15 Stimmen — ein Beweis, daß die Mehrzahl der Einwohner von Moiskling hinter dem Gewählten steht. Das Stadt- und Landamt verjagte aber auch jetzt wieder die Befähigung, ohne einen Grund anzugeben. Nunmehr wird wohl ein Mitglied des Gemeindevorstandes von der Aufsichtsbehörde ernannt werden. M. ist niemals öffentlich herorgetreten; er ist allerdings Sozialdemokrat. Und solche Leute will man in der „Republik“ Lübed nicht im Gemeindevorstand haben.

Zur Beratung einer Verfassung für Mecklenburg tritt am 12. Oktober in Schwerin der außerordentliche Landtag wieder zusammen. Ihm soll die von ihm im Sommer abgelehnte Regierungsvorlage in unverbänderter Form wieder zugehen. — Es ist sehr fraglich, ob die Junker sich jetzt willfähriger zeigen.

### Badische Politik.

#### Nachmachen.

Die Zentrumspresse arbeitet mit Hochdruck für eine größere Verbreitung. Selbstverständlich genießen sie dabei im weitesten Maße die pfarrherrliche Unterstützung. Herr Wacker hat vor einigen Jahren in dieser Richtung besondere Direktiven an die katholischen Pfarrhöfe ergeben lassen. Unsere Parteigenossen dürfen sich im Eifer für die größere Verbreitung ihrer Parteigänge von den Zentrumsanhängern nicht übertreffen lassen. Im Hinblick auf den nächstjährigen Landtagswahlkampf ist überall im Lande auf eine größere Abonnentenzahl des „Volksfreund“ jetzt schon Bedacht zu nehmen. Wir hoffen, daß unsere Parteigenossen im ganzen Lande jetzt vor Beginn des Winterquartals die Agitation für Gewinnung neuer Abonnenten aufnehmen und mit glücklichem Erfolge führen werden.

#### Die Einführung der Streiklausel

fordert der am Sonntag in Karlsruhe beginnende Deutsche Malertag. Dazu bemerkt der Artikelschreiber des „Bad. Landesboten“: „Es wäre sehr zu bedauern, wenn der Malertag wirklich die Streiklausel fordert. Praktisch würde er damit zunächst

nichts erreichen. Die deutschen Städte, soweit auch nur ein einigermaßen sozialer Geist in der Verwaltung vorhanden ist, werden niemals die Streiklausel in ihre Verträge aufnehmen können. Mit der Streiklausel wird der Arbeiterschaft gerade die beste Gelegenheit genommen, um einen Lohnkampf siegreich zu führen.

Ist aber die Arbeiterschaft mit ihren Forderungen im Recht, oder wird gar von den Arbeitgebern eine unberechtigte Ausperrung vorgenommen, so liegt für eine vernünftige Stadtverwaltung gar kein Anlaß vor, durch eine Verlängerung der Lieferzeiten den Arbeitgebern entgegen zu kommen. Sie mag, wenn das Recht auf Seiten der Arbeitgeber ist, eine andere Stellung einnehmen; auf keinen Fall aber darf sie sich durch die Streiklausel prinzipiell festlegen.“

In den badischen Städten werden die Scharfmacher unter den Malermeistern mit dieser Forderung kaum Glück haben.

Für den Großblock bei den nächsten Landtagswahlen machen die „Preisgauer Zeitung“ und die „Bad. Nachrichten“ lebhaft Stimmung. Der Großblock sei das einzige Mittel, um beim zweiten Wahlgang den reaktionären Gegner aus der Schanze zu werfen. Eine Zeitung hat die „Preisgauer Zeitung“ auf einer andern Höhe gelutet. Mittlerweise scheint die bessere Einsicht bei ihr wieder die Oberhand gewonnen zu haben.

#### Die Taktik des reaktionären Großblocks

bei den nächsten Landtagswahlen tritt jetzt schon allenthalben in Erscheinung. Im Bezirk Weinheim, der bisher von dem nationalliberalen Abg. Müller vertreten war, beabsichtigen die Konserbativen und Bauernbündler gemeinsam eine Kandidatur aufzustellen, für welche sie auf die Unterstützung des Zentrums hoffen. Die gleiche Taktik wird von den Reaktionen in einer ganzen Anzahl von Bezirken verfolgt.

### Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums

tritt im Kampfe der Oberkircher Brauereiarbeiter gegen die Brauerei Braun in Oberkirch in ihrer ganzen Erbarmlichkeit zutage. Die „Rechtsh.-Zeitung“, ein Badmischpapier 6. Qualität, die selbstredend die Partei der Brauherren ergreifen hat, sieht allmählich ein, daß sie durch die infame Hebe gegen die Arbeiterschaft der Brauerei selbst einen schlechten Dienst erweist und sucht nun durch plumpe Artikel, aus denen die Zentrumsdummheit und Niedertracht in jeder Zeile herborglänzt, die Maßnahmen der Arbeiter ins Lächerliche zu ziehen. Soll das vielleicht ein Zentrumswitz sein, wenn es im Verammlungsbericht am Schlusse heißt:

„Die Volksversammlung wurde, um dem Volke die staats- und kirchentreue Gesinnung der Veranstalter zu beweisen, geschlossen mit einem Hoch auf die staatliche Autorität, welche die staatsbürgerlichen Rechte der Braunschen Arbeiter zu schützen hat, und auf Papst Leo XIII., der in seiner Enchiridion (s. Flugblatt) so schöne Worte für die Arbeiter gefunden hat. Nur zu schnell verliefen die Stunden. Man trennte sich mit dem Bewußtsein, einen frohen Abend verleben zu haben.“ (???)

Der Berichterstatter der „Rechtsh.-Zeitung“, welcher in der Versammlung am Samstag anwesend war und vorgab, daß er selbst im freien Buchdruckerberuf organisiert sei, scheint ein gelehriger Schüler seines pfarrherrlichen spiritus rector zu sein. Dieser gelehrte Herr hatte sich nämlich während der Unterredung des Arbeitervertreeters mit Herrn Braun hinter einem Vorhang versteckt gehalten und dann die Unwahrheiten über diese Besprechung in der „Rechtsh.-Zeitung“ niedergeschrieben. Anstatt hingugehen in die Versammlung und offen Rede und Antwort zu stehen, zieht man es vor, aus dem Hinterhalt Stinkbomben zu werfen. Die „Rechtsh.-Zeitung“ und ihre Hintermänner haben aus einer harmlosen Lohnbewegung einen politischen Kampf gemacht. Sie sollen ihn haben. Die Brauerei Braun hat sich mit Haut und Haaren diesem Konfession ausgeliefert, infolgedessen muß sie auch die Konsequenzen tragen.

### Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einsig autorisierte Uebersetzung von Adolf Geh.

63) (Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

Zum letzten Male seufzte ein lauter, gleichgültiger Afford, seufzte und erstarb.

Sophie wandte sich um und fragte ihren Bruder: „Hat es dir gefallen?“

„Sehr!“ sagte er und fuhr dabei zusammen, wie aus dem Schlaf geweckt. „Sehr.“

In der Brust der Mutter sang und gitzerte ein Widerhall ihrer Erinnerungen; sie wollte gern noch mehr Musik hören. Und irgendwo abseits, nebenbei, tauchte der Gedanke in ihr auf: „Da leben diese Leute — Bruder und Schwester — freundlich und ruhig . . . schelten sich nicht, trinken keinen Branntwein, zanken sich nicht wegen eines Happens, haben nicht den Wunsch, sich zu tranken, wie die Menschen im gemeinen Leben.“

Sophie rauchte schnell eine Zigarette. Sie rauchte viel, fast ununterbrochen.

„Dies ist das Lieblingsstück meines verstorbenen Kostja!“ sagte sie und griff wieder einen leisen, traurigen Afford.

„Sie spricht wahrscheinlich von ihrem Gatten,“ dachte die Mutter. „Und da lächelt sie!“

Sophie warf die angerauchte Zigarette irgendwohin, wandte sich zur Mutter und fragte sie:

„Mein Lärm stört Sie nicht?“

Die Mutter erwiderte mit leichtem Aerger, den sie nicht zurückhalten konnte:

„Ich sage, fragen Sie mich nicht . . . ich verstehe gar nichts, fike da, höre zu und denke über mich nach . . .“

„Nein, Sie müssen das verstehen!“ sagte Sophie. Ein Weißmuß muß verstehen . . . Besonders, wenn sie traurig ist . . .“

Sie schlug stark auf die Tasten und es ertönte ein lauter Schrei, als wenn jemand eine schreckliche Kunde gehört, die ihn ins Herz getroffen und ihm diesen Klang herauspreßt. Junge Stimmen zitterten erschreckt und stürzten geschwind und verwirrt irgendwohin und wieder schrie die laute, gornige Stimme, alles überhörend . . . Ein Unglück mußte geschehen sein, das aber im Leben keine Klage, sondern Jörn erweckte. Dann erschien etwas Freundliches, Starres und sang ein einfaches, hübsches Lied, zu-

redend und an sich heranziehend. Weleibigt und dumpf brummen die Wahstimmern . . .

Sie spielte lange und fäte singende Tonmassen, die die Mutter erregten und den Wunsch in ihr erweckten, nachzuzugeln, wovon die Musik sprach, die so unbedeutliche Bilder, Gefühle und Gedanken wahrte, die sofort von anderen abgelöst wurden. Nummer und Unruhe traten ihren Blaz ruhig schimmernder Freude ab, es schien, als wenn eine Schar unsichtbarer Vögel im Zimmer slog, die überall hindrangten, mit zarten Fittichen das Herz berührten, es beruhigten und trösteten, und ernst etwas fangen, was mit Worten nicht auszudrückende Gedanken hervorrief, und das Herz mit unklarer Hoffnung ermutigte.

Die Brust der Mutter war übervoll von Wünschen, diesen beiden Menschen und überhaupt allen Menschen etwas Gutes zu sagen.

Sie suchte mit den Augen, was sie etwa tun könne, stand leise auf und — ging in die Küche, um den Semowar aufzusehen.

Über jener Wunsch schwand nicht bei ihr, er hämmerte hartnäckig und gleichmäßig in der Brust, und als sie Tee aufgoß, sprach sie erregt und verwirrt:

„Wir Menschen des gemeinen Lebens fühlen alles, aber es wird uns schwer auszudrücken, wie uns ums Herz ist; Gedanken leben in uns, wir schämen uns darüber, daß wir etwas verstehen, es aber nicht aussprechen können. Und oft sind wir wegen dieser Scham auf unsere Gedanken böse. Und ebenso auf diejenigen, die sie uns einflößen. Ist doch das Leben schon so unruhig — es schlägt und stößt uns von allen Seiten. Da möchte man gern ausrauben. Die Gedanken aber erregen die Seele und befehlen ihr, hinzuschauen.“

Nikolai hörte zu, nicht und puhte hastig seine Brille, Sophie betrachtete sie mit großen Augen. Sie sah dem Klavier halb zugewandt und berührte mit den zarten Fingern der rechten Hand leise die Tasten. Der Afford schlangelte sich behutsam in die Rede der Mutter ein, die ihre Gefühle schnell in einfache, herzliche Worte kleidete.

„Jetzt kann ich etwas von mir, von meinen Leuten sagen, weil ich das Leben verstehe. Ich habe aber angefangen zu begreifen, sobald ich vergleichen konnte. Wir leben ja alle gleichmäßig. Jetzt sehe ich aber, wie andere leben, beobachte, wie ich selbst gelebt habe, und da ist es bitter und schwer zurückzudenken. Nun, man kann ja nicht umkehren, und selbst wenn man es könnte — die Jugend holt man nie wieder ein.“

Sie dämpfte ihre Stimme und fuhr fort: „Vielleicht sage ich etwas nicht richtig und es hat überhaupt keinen Zweck, es zu sagen, weil Sie das alles selbst besser wissen, aber ich spreche von mir. Sie selbst haben mich Ihnen gleichgestellt . . .“

Tränen freudiger Dankbarkeit klangen aus ihrer Stimme, sie blickte die beiden mit lächelnden Augen an und sagte: „Ich möchte mein Herz vor Ihnen öffnen, damit Sie sehen, wie ich Ihnen Gutes und Schönes wünsche.“

„Das sehen wir!“ sagte Nikolai leise. „Sie machen und einen Freudentag.“

„Wissen Sie, was mir scheint? Mir scheint, daß ich einen Schatz gefunden habe und reich geworden bin, so reich, daß ich alle beschenken kann! Das ist vielleicht nur meine Dummheit, die sich da regt . . .“

„Reden Sie nicht so!“ sagte Sophie ernst.

Sie konnte ihren Wunsch nicht bezwingen und sagte ihnen wieder, was für sie selbst neu war und ihr ungeheuer wichtig vorkam. Dann erzählte sie von sich, von ihrem armen Leben voller Krankheiten und geduldiger Leiden, erzählte und verstummte plötzlich; es war ihr, als wenn sie aus sich selbst heraus getreten wäre, und von jemandem anderen spräche.

In einfachen Worten, ohne Jörn, mit leichtem Lächeln des Bedauerns auf den Lippen, enthielt sie vor ihnen eine Reihe gleichmäßiger, grauer, trauriger Tage, zählte die Schläge des Gatten auf und wunderte sich über die wichtigen Anlässe zu diesen Schlägen, über ihre Unfähigkeit, sie abzuwenden . . .

Beide hörten ihr schweigend, aufmerksam zu und wurden von dem tiefen Sinn der einfachen Geschichte eines Menschen Kindes betroffen, das man für ein Stück Vieh gehalten, und das sich selbst lange und ohne Murren als das gefühlt hatte, für was man es hielt. Es war, als wenn Tausende von Leben aus ihrem Munde sprächen — alles, was sie durchgemacht, war alljährlich und einfach; aber so einfach und gewöhnlich lebte eine unglückliche Menge von Menschen auf Erden und ihre Geschichte, die in den Augen der Zuhörer stets mehr ins Weite ging, nahm die Bedeutung eines Symbols an. Nikolai stemmte die Ellenbogen auf den Tisch, legte den Kopf auf die Handflächen, blickte sie durch seine Gläser gespannt an und bemerzte sich nicht. Sophie hatte sich gegen die Stuhllehne zurückgeworfen und gitzerte. Bismarck flücherte sie etwas vor sich hin und schüttelte abweichend den Kopf. Ihr Gesicht war noch hagerer und blasser geworden und sie rauchte nicht. (Fortsetzung folgt.)



### Der 29. deutsche Juristentag.

r. Karlsruhe, 10. September.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung — auf der Präsenzliste stehen jetzt 600 Namen — begann heute die Tagung des 29. Deutschen Juristentages, nachdem am gestrigen Abend eine feierliche Begrüßung stattgefunden hatte. Vertreten sind alle Kreise der Juristen, Richter, Rechtsanwälte, Notare, Hochschullehrer, Schuldige usw. Die Verhandlungen finden in 4 Abteilungen statt. Wenn die Abteilungen ihre Gegenstände durchberaten haben, kommen dieselben vor die Plenarversammlung, in der eventuell noch besonders Beschluß gefaßt wird.

Die erste Plenarversammlung wählt zum Vorsitzenden den Berliner Professor Dr. Brunner, eine in juristischen Kreisen anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Rechtsgegeschichte. Staatsminister v. Dusch begrüßt im Namen der Regierung den Juristentag. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde er zum Ehrenpräsidenten gewählt. Aus dem Reichsjuristenrat ist Geheimrat v. Eichenborn erschienen; derselbe begrüßt im Namen der Reichsverwaltung den Juristentag, er betont, daß, wenn sich die verbündeten Regierungen auch nicht immer auf den Standpunkt des Juristentages stellen konnten, so hätten sie doch den Beschlüssen desselben immer die größte Bedeutung beigemessen. Für das benachbarte Schwabenland sprach der württembergische Justizminister Schmiedlin.

Von den 13 Gegenständen, die die Tagesordnung umfaßt, wollen wir an dieser Stelle nur über einige wenige berichten, die besondere und erhöhte Aufmerksamkeit verdienen. Nicht als ob die anderen Gegenstände ohne Interesse wären. Zweifelloß ist die Frage nach der Wirksamkeit des Eigentumsvorbehalts an den mit einem Fabrikgebäude zu verbindenden Maschinen von ganz erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Auch ist die Frage, ob in bürgerlichen Rechtsprechungen ein Kollegium von Richtern oder ein einzelner Richter zweckmäßig ist, für die Allgemeinheit von Interesse; indessen kann es nicht Aufgabe einer politischen Tageszeitung sein, über jedes zu behandelnde Thema im einzelnen Bericht zu erstatten, wo doch gerade juristische Probleme oft eine längere Darstellung erfordern.

Uns interessieren — und auf diese Fragen werden wir uns beschränken — aus dem bürgerlichen Recht die Frage nach der gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags und die Frage nach den zivilrechtlichen Folgen der Berufserklärung. Dazu kommen noch an Gegenständen, die beachtet werden müssen, die Reform in unserem Strafrecht, die Beibehaltung des Legalitätsprinzips; Beibehaltung der Vorunterstützung; die Reform des materiellen Strafrechts (Strafgesetzbuch) und zwar die Frage nach dem künftigen Strafmittelssystem und der anzuführenden Vorschriften über Strafzumessung.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags. Die gestellte Frage lautet: Empfiehlt sich die gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrags (insbesondere des Tarifvertrags) zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits?

Über diese Frage halten folgende Juristen Gutachten abgegeben: Privatdozent Dr. W. Zimmermann-Berlin, der bekannte Rechtsanwalt der „Sozialen Praxis“, Magistratsrat von Schulz-Berlin, Professor Dr. Koback-Wien und Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Ettinger-Wien.

Als Berichterstatter fungierten: Justizrat Dr. Jundt-Weipzig und Privatdozent Dr. Köppe-Marburg.

Referent Dr. Jundt einleitend die volkswirtschaftliche, insbesondere die sozialpolitische Bedeutung der Frage der Tarifgemeinschaften. Der vorige Juristentag hatte ein Gutachten über die Rechtswirkungen der Tarifverträge gewollt. Darüber hinaus hatte die Deputation die Frage auf die Tagesordnung gesetzt, ob sich Tarifverträge überhaupt empfehlen ließen. Die Tarifverträge umfassen nicht nur die unter die Gewerbeordnung fallenden Arbeiter; auch die Metzger, die Handlungsgehilfen, die Beamten der Ortskrankenkassen haben Tarifverträge geschlossen. Tarifverträge stellen Normen auf, die die Grundlage für künftige einzelne Arbeitsverträge darstellen sollen. Sie sollen nicht durch öffentlich-rechtliche Gesetze eingeengt werden. Damit gibt der Referent den Standpunkt des Gutachters Zimmermann wieder, der sich am Schlusse seines Gutachtens dahin äußert: die gesetzliche Regelung der Tarifverträge (deren Notwendigkeit er anerkennt) solle nur für juristische Klarheit und Sicherheit geschaffen, wo die Parteien sie selbst zu schaffen unterließen. Und er fügt hinzu, eine Tarifgesetzgebung, die sich höhere Zwecke anmaßen und das Schicksal der praktischen Tarifvertragsentwicklung entscheidend beeinflussen wollte, sei ein unmöglicher Versuch. Die Gesetzgebung soll der Tarifvertragsbewegung folgen, ihr aber nicht Wege weisen wollen; sie würde ihr sonst allzu leicht den Weg verstellen.

Die Ausübung des Koalitionsgedankens in der Gewerbeordnung, so führt der Referent sehr treffend aus, trifft den Tarifvertrag ins Herz (vergl. §§ 152, 153 der Gewerbeordnung). Es werde nur der geduldet, der nicht koalitiert sei; oft habe aber der Koalitierte den Schutz des Rechts viel eher notwendig. Darum sei zu fordern: Reform des Gewerberechts in koalitionsfreundlichem Sinne. Auf Seiten der Arbeitgeber begegnet der Tarifvertrag einem nach Ansicht des Referenten wie auch der Gutachter unüberwindlichen Widerstand. In einzelnen Fällen glaubt aber der Referent doch zugeben zu müssen, daß die Möglichkeit des Abschlusses eines Tarifvertrages aus volkswirtschaftlichem Grunde (internationale Konkurrenz!) ausgeschlossen sei.

Über die rechtliche Konstruktion der Tarifverträge erklärte der Referent: Parteien wollen nicht einen Vorvertrag schließen. Sie versprechen sich, falls künftighin Arbeitsverträge geschlossen werden sollten, diesen einen bestimmten Inhalt zu geben. Das Reichsgericht hat einen anderen Standpunkt eingenommen, indem es den Tarifvertrag im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung unwirksam gemacht hat. Indes hat sich das Reichsgericht einigermaßen gebessert. Referent lehnt ein Spezialgesetz für den Tarifvertrag ab. Die Rechtsprechung müsse da allein fertig werden. Um den Staat gewissermaßen als Zeugen für den Abschluß der Tarifverträge anzurufen, sollen Tarifverträge beim Gewerbegericht offiziell registriert werden.

Von den Arbeiterorganisationen sind die freien Gewerkschaften gegen jede Tarifgesetzgebung, da sie eine einseitige Massengesetzgebung fürchten. Referent glaubt, daß seine Vorschläge diese Befürchtung zerstreuen müßten.

Der Mitberichterstatter, Privatdozent Köppe (Marburg), berichtet nichts, was an dieser Stelle besonderer Beachtung bedarf. — Beide Referenten schlagen eine Resolution, die von der Abteilung angenommen wird, vor. Der wesentliche Inhalt derselben ist:

Die Beseitigung der Hindernisse, die nach dem bürgerlichen Rechte dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen; eine gesetzliche Regelung des Rechtes der Arbeitstarifverträge in der

1. jeder öffentlich-rechtliche Zwang vermieden,
2. volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge gewährt,
3. die Möglichkeit eröffnet wird, Arbeitstarifverträge bei den Gewerbegerichten öffentlich zu registrieren,
4. eine Frist bestimmt wird, innerhalb welcher Mitglieder beteiligter Berufsvereine durch Erklärung bei der Registerstelle die Tarifvertragsgemeinschaft ablehnen können,
5. festgesetzt wird, daß Arbeitstarifverträge, welche den vorstehenden Vorschriften entsprechen, unmittelbare Rechtswirkung auf die in ihrem Geltungsbereiche abgeschlossenen Arbeitsverträge haben.

### Soziale Rundschau.

#### Der Niedergang des Baugewerbes.

Ueber die Lage des Baugewerbes hat eine Junung folgenden interessanten Bericht an die Handwerkskammer Karlsruhe erstattet:

„Der Geschäftsgang 1907/08 ist als ständig rückläufig zu betrachten. Während in den Monaten März bis Mai noch verhältnismäßig gearbeitet wurde, um beginnende Bauten fertig zu stellen, nahm es vom Juni an ständig ab. Neue Bauten wurden kaum mehr begonnen.

Die erste leise Krise, die schon 1906 einsetzte, entwickelte sich im Laufe des Jahres 1907 zu einem vollständigen Baukrach und dürfte jetzt zu Mitte 1908 den Höhepunkt noch nicht einmal erreicht haben. Konkurse und Zwangsversteigerungen von Häusern sind an der Tagesordnung. Hierbei gehört es nicht einmal zu den Seltenheiten, daß nicht mehr als die 1. Hypothek geboten wurde. Die Erheber der Häuser waren meistens die Inhaber der 2. Hypothek. Gläubiger, die weiter zurückstanden, fielen meistens aus.

Frägt man sich nach der Ursache dieses Krachs, so ist zuerst die große Ueberproduktion an Wohnungen zu nennen, die es unmöglich machte, zu vermieten und dadurch Kapitalzinsen bezahlen zu können. Die eigentliche Ursache liegt jedoch tiefer. Gewisse Grundstückspekulanten, wozu auch eine Anzahl Privatarchitekten zu zählen sind, trieben die Bauhandwerker jeglicher Branche an, selbst zu bauen; wenn ein Handwerker nicht ein bis zwei Neubauten im Jahre ausführte, so war es ihm unmöglich, irgend eine Privatarbeit zu bekommen. Der vergebende Architekt ließ nur demjenigen Arbeit zulassen, der wieder baute und ihm die Architektur übertrug. Es wurden dadurch Elemente zum Bauen veranlaßt, die häufig nicht so viel eigene Mittel besaßen, um nur den Aris des gefaßten Grundstücks bezahlen zu können.

Um so Geschäfte zu ermöglichen, verbürgte sich einer für den andern; der Grundstückspekulant gab Baugelder entweder selbst, oder verbürgte sich bei einer Bank, Wechsel wurden sozusagen fabrikmäßig hergestellt. Wenn der Bau so weit fertig war, wurden Hypotheken aufgenommen, ein Teil der Bauforderungen mußte vertragsmäßig stehen bleiben, um in Gegenwart abzurufen zu werden und schon war wieder ein anderer Bau begonnen, um mit den neuauftauchenden Geldern die vorherigen vollends bezahlen zu können.

Die obengenannte Wirtschaft war so lange durchzuführen, als mit Leichtigkeit 2. und 3. Hypotheken zu beschaffen waren. Als Industrie- und Handelskrisen immer bessere Dividenden abwarfen und Kapitalisten immer mehr darin angelegt wurden, waren Hypotheken nicht mehr leicht zu beschaffen. Die schwächsten Baupespekulanten begannen mit den Kapitalzinsen in Unstand zu kommen und die ersten Zwangsversteigerungen waren da. Die Kapitalisten wurden vorsichtiger, konnten auch ihre Papiere nicht ohne Verlust verkaufen und das Geld wurde immer knapper. Je schwerer aber Hypotheken zu beschaffen waren, je mehr häuften sich die Zwangsversteigerungen und nun auch die Konkurse. Der eingangs geschilderte Zustand trat ein und heute will niemand mehr Geld auf 2. oder gar 3. Hypothek geben.“

### Gewerkschaftliches.

Arbeiter und Gesinnungsgenossen! Das Bier der Brauerei Braun in Oberkirch ist infolge Differenzen boykottiert. Sorgt allerorts für strikte Durchführung dieses Beschlusses! Die Boykottkommission.

Achtung! Mohrleger und Helfer! Bekanntlich stehen die Mohrleger und Helfer in Berlin, soweit dieselben im Deutschen Metallarbeiter-, Schmiede- oder Kupferschmiedeverband organisiert sind, seit 1. September ds. Js. im Streit. Die Mohrleger des Wiesenthal-Verbandes, der Tisch- und Wunderlicher Gewerkschaft, die christlich organisierten und die Gelben haben einen gegenüber den früheren Verhältnissen, verschlechterten Tarif mit den Unternehmern abgeschlossen und verließen Streikbruch. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß Berliner Firmen auch in der hiesigen Gegend Montagen fertigstellen, so eruchen wir die dort beschäftigten Kollegen sich unverzüglich mit der Berliner Streikleitung (Berlin N.W. 6, Charitestraße 3. Hof 3) in Verbindung zu setzen, von wo aus sie Anweisung bezüglich ihres Verhaltens empfangen werden.

Die Arbeiterschaft eruchen wir, wo sie mit Mohrlegern und Heizungsmonteurern zusammenarbeitet, von Vorstehendem Kenntnis zu geben. Die Bezirksleitung vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

### Kommunalpolitik.

Rehl, 10. Sept. 8 Uhr-Adenschluß. Für Stadt und Dorf Rehl mit Sundheim kommt während des Winterhalbjahres — 1. Oktober bis 31. März — der 8 Uhr-Adenschluß zur Einführung. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind die Geschäfte der Lebensmittelbranche (Mezger, Bäcker etc.), die bis 9 Uhr offen halten dürfen.

Weinheim, 10. Sept. Schenkung. Der Privatmann Karl Friedrich Freudenberger schenkte der Stadt 20 000 Mark zur Erweiterung des städtischen Grundstückes an der Bahnhofstraße mit der Bedingung, daß dort ein Gewerbeschulhaus errichtet werde, in dem eine öffentliche Wäschhalle und ein Saal für die Altertumsammlung eingerichtet wird.

### Zur Budget-Abstimmung.

#### Genosse Kautsky

Ist der intellektuelle Vater des Radikalismus, der die Budgetverweigerung zum sozialdemokratischen Prinzip proklamieren will. Wohin aber die Konsequenzen dieses „Prinzips“ führen, darauf macht die „Mündener Post“ in einer Erwiderung auf Kautsky's Artikel in der „Neuen Zeit“ aufmerksam. Genosse Kautsky schreibt u. a.:

„Der Grundsatz, von dem wir in der Frage der Budgetbewilligung auszugehen haben, ist unsere Auffassung vom Staat. Wir betrachten ihn als ein Organ der Klassenherrschaft, die Regierungen als die Kommiss der herrschenden Klassen. . . Von diesen Grundsätzen aus haben wir unsere Stellung zum Staatsbudget zu betrachten. Da der Staat eine Festsung ist, die wir erobern wollen, dürfen wir ihr während der Belagerung nicht selbst Proviant zuführen, und da wir möglichst große Massen der Bevölkerung zum Sturm auf diese Festsung mobil machen wollen, müssen wir alles vermeiden, was ihr den Glauben beibringen könnte, sie hätte von der jetzigen Besatzung Gutes zu erwarten. Aus beiden Gründen müssen wir den bestehenden Regierungen ausnahmslos das Budget verweigern. . .“

Dazu bemerkt die „Mündener Post“:

„Bill man, um mit Kautsky zu reden, der „Festsung des Klassenstaates den Proviant verweigern“, so gibt es dazu in Bayern nur ein Mittel und zwar das der Steuererweigerung. Denn hier liegen die Dinge im weißblauen Gebiete günstiger wie zum Beispiel in Preußen. Während dort, nach dem Artikel 109 der preussischen Verfassung, die bestehenden Steuern ohne weiteres forterhoben werden, ist in Bayern die Steuererhebung nur durch ein periodisch (alle zwei Jahre) mit Zustimmung des Landtages erlassenes Gesetz möglich. (In Baden ist's genau ebenso! N. d. Volkstr.) Und beim Mangel eines solchen Gesetzes könnte jeder Mann in Bayern mit Erfolg und ohne Rechtsanspruch der Regierung die Steuerzahlung verweigern.“

Diese Steuererweigerung könnte sich nun nicht erst bei der Abstimmung über das Finanzgesetz vollziehen, sie müßte früher erfolgen, bei der schon jedesmal am Beginne der Session betätigten Vorlage des Gesetzes die provisorische Steuererhebung betreffend. Ein solches, im Sinne der unentwegten Budgetverweigerung allein konsequentes Vorgehen ist nun, unseres Wissens wenigstens, bisher noch von keiner sozialdemokratischen Fraktion in einem deutschen Parlamente beabsichtigt oder verlangt worden. Es würde, solange wir in der Minderheit sind, auch schon um deswillen unflug sein, weil es uns jede Gelegenheit der Umgestaltung des Staats in unserem Sinne verammeln müßte.

Das — anarchoistische — Postulat der Verweigerung der bestehenden direkten Steuern ist aber nicht nur von der deutschen Sozialdemokratie jederzeit abgelehnt worden, sie hat sogar dem Reiche wiederholt neue direkte Steuern angeboten und bewilligt. Und zwar genau aus demselben Grunde, aus dem in Bayern das neue Budget dem alten vorgezogen worden ist: Um den Staat, „das Organ der Klassenherrschaft, die Regierung als Kommiss der herrschenden Klassen“ zu zwingen, wenigstens einem Teile des Proletariats und der Bedrückten ihre Lage zu erleichtern.“

Man sieht, wohin die Konsequenz der „prinzipiellen“ Budgetverweigerung letzten Endes führt, in das Lager des Anarchozialismus. Unsere parlamentarische Arbeit würde zur bloßen Phrase erniedrigt.

#### Einem schwachen Trost

finden die „Leipziger Volkszeitung“ und einige andere norddeutsche Parteiorgane in dem Umstand, daß in Mannheim die Resolution, in welcher die Zustimmung zur Budgetbewilligung ausgesprochen wurde, mit nur 3 Stimmen Mehrheit angenommen wurde. In Mannheim sind circa 3000 Parteigenossen organisiert. Davon haben sich rund 200 an der Versammlung, in welcher über die Resolution abgestimmt wurde, beteiligt. Wie die Massen der Arbeiter denken, davon haben nur diejenige Kenntnis, die täglich mit ihnen in Fühlung und Gedanken-austausch stehen. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ über die wirkliche Stimmung der badischen Genossen unterrichtet wäre, würde sie wahrscheinlich andere Töne anschlagen. Wir reagieren an dieser Stelle auf die täglich sich häufenden Beschimpfungen dieses Parteiorgans nicht mehr. Darüber wird an anderer Stelle ein ernstes Wort zu sprechen sein.

### Badische Parteiorganisationen.

#### Baden-Baden.

Montag den 17. August fand hier im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins statt, welche gut besucht war. Als erster und wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde die Budgetbewilligung unserer Fraktion im badischen Landtag behandelt. Es waren wohl die meisten Genossen durch Zeitungsartikel gut informiert, auch hatten wir den zufällig hier weilenden Genossen Landtagsabg. Süßkind in unserer Mitte, der die Haltung unserer Landtagsfraktion in längeren Ausführungen präziserte. Aus der Stimmung der Versammlung war deutlich zu erkennen, daß sie mit den Ausführungen des Redners vollauf einverstanden war. Nur ein Diskussionsredner war anderer Anschauung, die beinahe noch weiter ging, als die der norddeutschen Genossen. Die anderen Redner schlossen sich aber durchweg den Ausführungen des Genossen Süßkind an. Von Genosse Marxloff wurde folgende Resolution eingebracht, welche von der Versammlung bei zwei Stimmen Enthaltung angenommen wurde:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget einverstanden. Bedauert wird jedoch die persönliche Kampfesweise von einem Teil der Parteipresse. Die Versammlung hofft und wünscht, daß die Frage der Budgetbewilligung sachlich geführt wird.“

#### Achern.

Am Mittwoch Abend fand eine gut besuchte Wahlvereinsversammlung statt, in welcher zur Wahlfreistatensfrage Stellung genommen wurde. Die Delegierten wurden beauftragt, die Stimmung der Mitglieder dahin zum Ausdruck zu bringen, daß die Mehrheit derselben die Haltung unserer Fraktion bei der Budgetabstimmung billigt.

#### Gutach.

In unserer, am letzten Sonntag den 6. September abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde auch die Budgetbewilligung besprochen. Die Genossen, welche sich dazu äußerten,



billigten die Haltung der Fraktion. Eine Resolution wurde nicht gefaßt, unsere Genossen, welche fast alle nur Leser des „Offenburger Volksblattes“ sind, sind über die ganze Angelegenheit zu wenig unterrichtet.

Die Pforzheimer Parteigenossen

diskutierten in ihrer letzten Mitgliederversammlung u. a. auch über die Frage der Budgetbewilligung. Fast sämtliche Redner verteidigten die Haltung der Fraktion. Genosse Stottinger, der Vorsitzende des sozialdem. Vereins und Delegierte zum Parteitag, sagte u. a.: Ein unerquicklicher Streit ist auf dem Schwarzwald angezettelt und von Berlin aus dann über das ganze Land verbreitet worden. Dies sei bedauerlich. Die Beschimpfungen, welche einzelnen Parteigenossen zugefügt werden, seien skandalös. Der „Simplicissimus“ habe mit dem bekannten Bild sehr treffend die Situation gezeichnet. Lieber den Bruch, als sich stets von Norddeutschland an die Wand drücken zu lassen. Die Abgeordneten, welche dem Budget zustimmen, werden sich keineswegs ohne weiteres ihre Ueberzeugung nehmen lassen. Das Verspökeln und ewige Kontrollieren von Norden her muß aufhören. Man solle sich die Oesterreicher zum Muster nehmen, bei denen nie solcher Skandal vorkäme. Der Artikel der Grütliener treffe den Nagel auf den Kopf. Ueber den „großen Tag“ der Entscheidung wollen wir uns jetzt noch nicht streiten. Die Revolutionen entstehen aus den bestehenden Verhältnissen, sie werden niemals gemacht. Die stattgehabte Polemik verleihe einem die Parteilichkeit. Die Preußen mögen erst in ihrem engeren Bundesstaat die freiheitlichen Errungenschaften des Südens aufweisen. Nach Ansicht der „Radikalen“ wäre eigentlich die gesamte Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung Unfug. Die preußischen Genossen werden auch anders denken, wenn sie erst ca. 30 Abgeordnete im preußischen Landtag haben.

Genosse Haack ist der Auffassung, daß die Schärfe in den Meinungsstreit nicht gekommen wäre, wenn nicht einzelne norddeutsche Parteiblätter so sehr mit ihrer Polemik gegen verdiente Parteigenossen über die Schürze gehauen hätten; Redner gab eine Blütenlese aus norddeutschen und sächsischen Parteiorganen. Die ganze Frage sei nach seiner Auffassung keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik und die andere man nach Viehweid, wenn nötig, alle 24 Stunden. Die Beweisführung lautet in der „Neuen Zeit“ über die angebliche Fortgeschrittenheit des Nordens gegenüber dem Süden stehe auf schwachen Füßen; er habe aber diese Theorie konstruiert, weil er sie zu seiner Beweisführung brauche. Der Redner sei nicht rückwärts als der Norden, im Gegenteil, man sei im Süden über Zustände, wie sie im Norden herrschen, schon hinaus. Wenn man die Frage der Budgetbewilligung betrachte, so könne man bei uns die Haltung der Norddeutschen nicht verstehen, zumal man sich stets von Herzen freue, wenn irgend ein parlamentarischer Erfolg erreicht wurde. Es gälte in diesem Falle, die vorgeschrittenere Auffassung der süddeutschen Genossen gegen die doktrinaire Richtung der Norddeutschen zu verteidigen. Redner schlägt folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die heutige Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit der Budgetzustimmung der badischen sozialdem. Fraktion. Diese Zustimmung betrachtet die Versammlung als logische Konsequenz der vorhergegangenen Arbeiten der Fraktion und steht darin auch keinen Verstoß gegen die Lübecker Resolution.“

In Erwägung, daß die Abstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine bloße Zweckmäßigkeitfrage ist, welche nach den jeweils gegebenen Umständen beurteilt werden muß, erwartet die Versammlung vom Parteitag in Nürnberg, daß nach reiflicher und sachlicher Aussprache ein Beschluß zustande kommt, welcher die Geschlossenheit und Einheit der Partei nach seiner Richtung beeinträchtigt.“

Genosse Heilmann gibt namens der Bräuhänger Genossen, welche der vorgeschrittenen Zeit halber die Versammlung verlassen wollen, die Erklärung ab, daß sie mit der Haltung der Landtagsfraktion einverstanden seien.

Steinmeyer: Die Fraktion könne auch, wenn sie in der Mehrheit sei, den allergrößten Teil des Budgets gar nicht ablehnen. Grundfalsch sei es und unbegreiflich, daß Gewerkschaftler sich in der Frage auf Seiten der Regierer stellen. Wenn man sage, man werde auch noch gegen das Budget stimmen, so gebe er das zu. Dies erhöhe ja nur den Wert, den man bei uns im Süden auf diese taktische Seite der Frage lege: je nach den Verhältnissen sich richten zu können. Genau so sei es bei den Gewerkschaften, welche nie ihre Gewerkschaft vorher festlegen. Wie habe man seine Ansicht über bestimmte Fragen nicht schon geändert. Er erinnere an die Vizepräsidentenfrage usw. Diese Frage sei von den Oesterreichern praktisch gelöst worden. Der letzte Kampf sei in einer Weise geführt, die der Partei ungeheuren Schaden zufügte. Der „Vorwärts“ habe sich in der Polemik schwer blamiert. Man habe sich in einer Sache aufgeregt, wegen der in kurzer Zeit kein Haub mehr darnach krähe.

Die Versammlung wurde geschlossen, ohne daß über die Resolution abgestimmt werden konnte, da wegen der vorgeschrittenen Zeit der größte Teil der Parteigenossen die Versammlung verlassen hatte.

Aus der Partei.

An die Parteitagdelegierten!

Die Vorarbeiten für den Parteitag sind zum größten Teile erledigt. Die Delegierten, die nach Nürnberg kommen, werden ersucht, sich bei ihrer Ankunft an das dortige Lokal Komitee zu wenden, wo ihnen die Wohnungsfragen sowie ein Führer durch Nürnberg ausgehändigt werden. Für die Meldung der Delegierten ist im Hauptbahnhof Nürnberg ein besonderes Empfangslokal eingerichtet. Es ist geöffnet von Donnerstag, den 10. September, mittags, bis Sonntag, den 13. September, abends. Dort werden auch Genossen anwesend sein, welche die Führung in die einzelnen Hotels übernehmen. Die Delegierten des Parteitages werden gebeten, ihre Dispositionen so zu treffen, daß sie bis Sonntag Abend 7 Uhr zur Eröffnung des Parteitages anwesend sind.

Mit Parteigrüß

Das Lokalkomitee.

J. A. Martin Treu, Egidienplatz 23.

Nichts als Unwahrheiten.

So charakterisiert die Mannheimer „Volksstimme“ die gestern von uns zitierte Berichterstattung über badische

Parteiorgänge in der „Leipz. Volkszeitung“. Die „Volksstimme“ schreibt:

„So viel Sätze, so viel Unwahrheiten und verdächtige Unterstellungen! Es ist un wahr, daß „die der Arbeiterklasse angehörenden Redner“ mit einziger Ausnahme des Genossen Wötter sich gegen die Budgetbewilligung ausgesprochen haben. Es haben sich „der Arbeiterklasse angehörende“ Redner gegen und für die Budgetbewilligung ausgesprochen. Es ist ein recht bezeichnender Kniff, bloß diejenigen Redner, die sich gegen die Budgetbewilligung aussprachen, als „dem Arbeiterstande angehörend“ zu bezeichnen, während alle Anhänger der Budgetbewilligung als Leute „in gehobener Lebensstellung“ charakterisiert werden. Der „Volksstimme“-Redakteur Kemmele hat mindestens denselben Anspruch darauf, als „dem Arbeiterstande angehörend“ betrachtet zu werden, wie die Gewerkschaftsbeamten, die sich gegen die Budgetbewilligung aussprachen. Eine zweite Unwahrheit ist die Behauptung, daß Genosse Wötter seine „Ausbildung“ in der freisinnigen Gewerkschaftsbewegung erhalten hat. Wir brauchen auf diesen Punkt nicht weiter einzugehen, da wir morgen eine Erklärung des Genossen Wötter veröffentlichen, die die Dinge richtig stellt. Nicht eine direkte Unwahrheit, aber eine irreführende Behauptung ist die, daß Genosse Abg. Lehmann infolge des Versammlungsbeschlusses nicht mehr zum Worte gekommen sei. Dies erweckt den Eindruck, als ob es dem Genossen Lehmann überhaupt nicht möglich gewesen wäre, den Parteigenossen seine Gründe gegen die Budgetbewilligung vorzutragen. Tatsächlich hatte er dies in der ersten Versammlung ausgiebig getan und tatsächlich ist nicht nur er, sondern auch Anhänger der Budgetbewilligung infolge des Schlußes der zweiten Versammlung nicht mehr zum Worte gekommen. — Un wahr ist, daß die Resolution für die Budgetbewilligung mit 108 gegen 107 Stimmen angenommen wurde. Die Annahme erfolgte mit 108 gegen 105 Stimmen. Wir hielten es nicht für nötig, die aus der „Frei. Volksstimme“ stammende irrige Angabe zu berichtigen, da die Differenz zu unbedeutend ist. Da jedoch in der Verbreitung der falschen Angabe System zu liegen scheint — auch das Presse-Bureau hat nicht nach der Mannheimer „Volksstimme“, sondern, merkwürdigerweise, nach der Frankfurter „Volksstimme“ über die Mannheimer Versammlung berichtet —, so soll doch auch dieser Punkt nicht ganz übergangen werden. Un wahr ist ferner, daß die Keller Resolution gegen die Budgetbewilligung von der „Volksstimme“ als „Maße“ bezeichnet worden sei. Wir hatten nicht die Budget-Resolution, sondern die Resolution gegen Kolb als Maße bezeichnet und bleiben dabei, daß es sich um eine solche handelte. Eine Unwahrheit — und zwar eine bewußte Unwahrheit — endlich ist es, wenn behauptet wird, daß die „Keinen Orte des Schwarzwaldes“ eine vom „Freiburger Parteisekretär“ „schablonenmäßig angefertigte“ und von ihm „hausierend“ umhergetragene Resolution angenommen haben. Weder in Hausen, noch in Neustadt, noch in den übrigen Orten des Schwarzwaldes, die Resolutionen für die Budgetbewilligung annahmen, war der „Freiburger Parteisekretär“ anwesend und die Resolutionen, die an diesen Orten angenommen wurden, waren keineswegs identisch mit derjenigen, die Genosse Engler in Freiburg und Lörrach hatte „weihen“ lassen. Also Unwahrheit über Unwahrheit! Aber alles zur größeren Ehre der „guten Sache“, die die Gegner der Budgetbewilligung vertreten. So wird gemacht!“

Und so orientiert man die hessischen Sachsen über die badischen Parteiorgänge, fügen wir hinzu.

Durmersheim. Am Samstag, 12. Sept., abends 1/8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kreuz“ Parteiversammlung statt. In der Tagesordnung eine sehr wichtige ist, ist vollständiges Besprechen unbedingt notwendig. Um die Quartalsabrechnung pünktlich erledigen zu können, müssen die Beiträge in dieser Versammlung entrichtet werden. Die noch ausstehenden Mitgliedsbeiträge, sowie sämtliche ausgegebenen Quittungen unserer Sterbekasse sind mitzubringen.

5. Bad. Reichstagswahlkreis. Am nächsten Sonntag findet in der Restauration „Santo“, Belfortstraße, nachmittags 3 Uhr, eine Wahlkreis-Konferenz des 5. bad. Reichstagswahlkreises statt. Dieselbe nimmt Stellung zur Budgetbewilligung. Das Referat hat Gen. Engler übernommen. Wir bitten die Genossen von Freiburg, Emmendingen, Waldkirch, St. Georgen und Badlingen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Bereine und Versammlungen.

Unterwiesheim, 9. Sept. Der Terrorismus unserer Gegner. Das Wort des Magaziners: „Sie sehen den Splitter im Auge des Nächsten, aber den Balken im eigenen Auge sehen sie nicht“, gilt auch von unseren Gegnern. Welcher Unfug ist schon mit dem Worte Terrorismus getrieben worden. Das Wort ist eigentlich erst im Kampfe des Bürgerturns gegen die aufstrebende Arbeiterklasse zur Geltung gekommen. Daß aber das Bürgerturn bezw. die im Sinne bürgerlicher Anschauungen stehenden Organisationen und Vereine gegen Andersdenkende einem viel schlimmeren Terrorismus das Wort reden, als ihn Sozialdemokraten jemals gegen ihre Gegner anwendeten, zeigt folgendes Vorkommnis:

Der Arbeiterradfahrer-Verein Unterwiesheim hielt am Sonntag vor 8 Tagen ein Gartenfest ab. Das hat den hiesigen Turnverein der deutschen Turnerschaft dezent gerügt, daß er seinen Turnern befohlen hat, das Gartenfest der Radfahrer nicht zu besuchen. Sogar eine Strafe wurde ausgesetzt. Derjenige Turner, der mittags das Fest besuchte, soll 1 Mk., und derjenige, der es abends besuchte, 3 Mk. Strafe blechen. Man wollte dadurch die Radfahrer schädigen und die Turner vor Verleumdung mit den Radfahrern abhalten. Viel hat dies aber den „eigentlichen“ Turnern nicht genutzt, denn es kamen doch eine ganze Anzahl Turner zum Fest, eiliche sind sogar aus dem intoleranten Turnverein ausgetreten und zu den Radfahrern übergegangen. Nun, die Turner hatten auch ein Schauturnen. Die Radfahrer hatten infolge des Vorgehens der Turner es nicht notwendig, eine Strafe für eine eventuelle Beteiligung ihrer Mitglieder auszusprechen, denn die Radfahrer blieben mit vielen Gleichgesinnten dem Feste natürlich ebenfalls fern.

Daß der Turnverein, der seinen Mitgliedern bei Strafe die Beteiligung am Radfahrerfest verboten hat, selbst aus 11 Mitgliedern besteht, ist eine überaus traurige Tatsache, die zeigt, wieviel der Aufklärung, besonders auf dem flachen Lande, noch zu leisten ist, bis unsere Brüder in den gegnerischen Lagern

die unwürdige Rolle, die sie spielen, begreifen. Beflagter Turnverein steht auf so schwachen Füßen, daß er wahrlich nicht die Nase so sehr hoch tragen sollte.

Söllingen, 8. Sept. Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins am letzten Samstag war ziemlich gut besucht; auch nichtorganisierte Parteigenossen hatten sich eingefunden. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, hielt Gen. Hüber einen Vortrag über das Erfurter Programm. Bevor Redner zum eigentlichen Thema überging, gedachte derselbe unseres Kämpfers Ferdinand Laffalle, dessen Todestag am 31. August war. Genosse Hüber schilderte in kurzen Ausführungen das Leben und Wirken unseres teuren Toten. Das eigentliche Thema behandelte Redner in leichtverständlicher Weise. Es ist nun Aufgabe unserer Parteigenossen, dahin zu wirken, daß die Versammlungen, welche von nun ab regelmäßig am letzten Samstag eines jeden Monats stattfinden, gut besucht werden, damit aus den sozialdemokratischen Wählern überzeugte Sozialdemokraten werden.

Söllingen, 7. Sept. Es war ein lustiges Völklein, welches sich am Sonntag Nachmittag im „Feldschloßchen“ zusammengefunden hat. Der sozialdemokratische Verein hatte ein Gartenfest arrangiert und diesem galt die Zusammenkunft. Aus der Umgebung hatten wir von seiten der Parteigenossen starken Besuch. Auch eine stattliche Anzahl von Sängern des Sängerbundes „Vorwärts“ aus Durlach hatten sich eingefunden, welche durch einige Lieder den Nachmittag versöhnten. Die hiesige Arbeiterschaft hatte sich zahlreich eingefunden und wäre es zu begrüßen, wenn dieses Solidaritätsgefühl immer sich geltend machen würde. Denn nicht nur bei Festlichkeiten sollten die Arbeiter sich zusammenfinden, sondern vor allen Dingen sollten sie sich zusammenschließen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und sich über politische Vorkommnisse aufklären. Darum, ihr Arbeiter, tretet ein in den Wahlverein und abonniert den „Volksfreund“, diejenige Zeitung, die bei jedem wirtschaftlichen und politischen Kampf euch zur Seite steht und euer Interesse vertritt.

Waldkirch, 10. Sept. Daß die Gründung des Gesangvereins „Liederkranz“ einem wirklichen Bedürfnisse entsprochen hat, zeigt die Tatsache, daß er heute, nach kaum vierwöchentlicher Gründung, schon 70 Mitglieder zählt. Das Stimmennaterial ist ein gutes und da sich der Dirigent die größte Mühe gibt, dürfte es möglich sein, schon bis Weihnachten in die Öffentlichkeit zu treten.

Die organisierte Arbeiterschaft hat nun einen unpolitischen Verein und jedem ist es erträglich, dem Gesangverein beizutreten, sei es aktiv oder passiv. Die Bewegung in Waldkirch-Kollnau ist so weit vorgeschritten, daß wir in unseren Organisationen mindestens ebensoviel Mitglieder haben, als man in den verschiedenen katholischen Vereinen zählt. Wir haben daher das Recht, zu verlangen, daß die Geschäftsleute in Waldkirch-Kollnau auch unsern unpolitischen Gesangverein betreten. Wir bitten die Arbeiterschaft, recht fleißig in dieser Beziehung zu agitieren.

Badische Chronik.

Erlingen.

— Für die Familien der verunglückten Maurer gingen weiter ein: Durrheim Kolb von R. G. 2 Mk., Radfahrerverein „Vorwärts“-Forschheim 2,45 Mk., Summa 199,74 Mk. Weitere Spenden nimmt entgegen Die Sammelstelle: G. Lepperz, Friedrichstr. 2.

Rastatt.

— Aus dem Metzgergewerbe. Am Mittwoch, 2. September, fand hier eine Metzgergenossenversammlung im „Salmen“ statt, in welcher sämtliche Kollegen erschienen sind. Das kam daher: es ging auf den Artikel hin, welcher am Samstag, den 28. August, im „Volksfreund“ stand, das Gerücht durch Rastatt, daß die Metzler jeden Gesellen, der in die Versammlung gelassen werden sollte, so ist beflagter Artikel den Herren Meistern auf die Nerven geschlagen. Aber fragen wir: Warum kann man jetzt auf den Artikel hin den Arbeitern anständiges Essen geben, auch in den Schlafstellen etwas mehr Ordnung schaffen? Es brauchen sich die Herren Metzgermeister nicht aufzuregen, die Gesellen müssen schiner arbeiten und wollen anständig behandelt sein, dazu haben sie ein Recht. Auch lassen sich die Arbeiter das Koalitionsrecht unter keinen Umständen nehmen. Die Meister fragen ja die Gesellen auch nicht, wenn sie eine Versammlung abhalten wollen. Die Gesellen geladen sich in der Versammlung aufs neue, jetzt erst recht zusammenzuhalten und nicht eher zu ruhen, bis sie geordnete Verhältnisse geschaffen haben. Auf die Verhältnisse im Schlachthof in Rastatt, wo auch manches nicht in Ordnung ist, werden wir in einem späteren Artikel zurückkommen.

Freiburg.

Zur Lohnbewegung im Glasergerwerbe. Bei dem Vorstehen des Einigungsamtes Dr. Thoma wurde zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Glasergerwerbe hier folgender abgeschlossener Tarifvertrag niedergelagt:

- § 1. Die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden festgesetzt, vom mittags von 7—12, nachmittags von 1/2—6 Uhr. In Vorabenden vor hohen Feiertagen ist 4 Uhr Arbeitsstillstand. Ruhepausen während der Arbeitszeit finden nicht statt. Das Beibringen von geistigen Getränken während der Arbeitszeit ist ausgeschlossen. § 2. Die bisherigen Stundenlöhne werden vom 1. Mai 1909 um 2 Pf. erhöht. Die volle Bezahlung findet wöchentlich und zwar Samstag Abend 6 Uhr statt. Die Arbeitswoche endigt Freitag Abend. § 3. Zahlung erfolgt in allen Fällen nur für wirklich geleistete Arbeitsstunden. § 4. Ueberstunden, Nacht- und Feiertagsarbeit soll nur in dringenden Fällen stattfinden. Als Ueberstunden gelten die nächsten 2 Stunden an die in § 1 festgelegte 9 1/2stündige Arbeitszeit. Unter Feiertagsarbeit ist immer nur die Arbeit an gesetzlichen Feiertagen verstanden. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit ein solcher von 50 Prozent vergütet. § 5. Für auswärtige Arbeit, soweit dieselbe nur einen Tag beansprucht, ist freie Fahrt, sowie 1,50 Mk. zu gewähren. Wird ein Uebernachten notwendig, so hat der Meister unter Wegfall der Vergütung für Kost und Logis in einem anständigen Gasthaus aufzukommen. Bahnfahrten werden als Arbeitszeit berechnet. Einmalige Hin- und Rückfahrt wird vergütet.

Seite 5. Mission ge... unpartei... § 3. § 7. § 8. § 9. und hat G... hiesige We... Vierteljah... § 10. Freib... § 11. § 12. § 13. § 14. § 15. § 16. § 17. § 18. § 19. § 20. § 21. § 22. § 23. § 24. § 25. § 26. § 27. § 28. § 29. § 30. § 31. § 32. § 33. § 34. § 35. § 36. § 37. § 38. § 39. § 40. § 41. § 42. § 43. § 44. § 45. § 46. § 47. § 48. § 49. § 50. § 51. § 52. § 53. § 54. § 55. § 56. § 57. § 58. § 59. § 60. § 61. § 62. § 63. § 64. § 65. § 66. § 67. § 68. § 69. § 70. § 71. § 72. § 73. § 74. § 75. § 76. § 77. § 78. § 79. § 80. § 81. § 82. § 83. § 84. § 85. § 86. § 87. § 88. § 89. § 90. § 91. § 92. § 93. § 94. § 95. § 96. § 97. § 98. § 99. § 100.



§ 6. Zweck Schlichtung von Streitigkeiten wird eine Kommission gewählt, besteht aus 3 Meistern, 3 Gefellen, die alle am Platze anständig sein müssen. Die gewählte Kommission hat einen unparteiischen Vorsitzenden zu wählen.

§ 7. Affordarbeit unterliegt der freien Vereinbarung.

§ 8. Kündigung findet gegenseitig statt.

§ 9. Dieser Vertrag tritt am 5. September 1908 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. März 1910. Der Vertrag läuft alljährlich 1 Jahr weiter, wenn nicht von einer Seite ein Vierteljahr vor Ablauf dessen Kündigung erfolgt.

§ 10. Dieser Vertrag wird in allen Vertrieben ausgehängt. Freiburg i. B., den 5. September 1908.

Die Vertreter der Arbeitnehmer:

Julius Pfister, Gustav Metz.

Die Vertreter der Arbeitgeber:

J. Lang, für die Glaser-Frang-Jung, Louis Herre, für die Baugeschäfte.

15jähr. Stiftungsfest des Maurerverbandes. Am Sonntag, 13. Sept., nachmittags 3 Uhr, findet eine große Pilgerfahrt nach dem „Schwanengarten“ in Herdern statt. Der Zweigverein Freiburg der Maurer Deutschlands feiert da sein 15jähr. Stiftungsfest. Ein reiches Programm ist vorgesehen und wer Glück hat, kann viel gewinnen. Großes Preisgeld, sonstige Vorträge, Meigenfahrten, Gesang und zum Schluß Tanz bieten abwechslungsreiche Unterhaltung. Genosse Grumbach hält die Festrede. Also auf nach Herdern!

Die Wahlkreisversammlung des 5. Kreises findet am nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei „Santo“, Velfortstraße, statt. Es wird erwartet, daß sich die Genossen von Freiburg zahlreich daran beteiligen. Gen. Engler referiert über die Subjektbewilligung.

Das Vermögen der Stadt Freiburg wird in den letzten Jahren erschienen Nachweisungen über Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen wie folgt berechnet: 1. Liegenschaften a) Gebäude 21 330 300 Mk.; b) Grundstücke 32 420 666 Mk., zusammen 53 750 966 Mk. 2. Gewerbliche Unternehmen: a) Gaswerk (4 Proz. Kapitalisierung des Reingewinnes von 361 479 Mk.) 9 036 975 Mk.; b) Wasserwerk (desgleichen von 292 805,19 Mk.) 7 320 130 Mk.; c) Elektrizitätswerk (desgleichen von 120 000 Mk.) 8 000 000 Mk.; d) Elektrische Straßenbahn (Anlagekapital als Vermögenswert) 1 026 549,60 Mk., zusammen 21 288 654,60 Mk., Aktivaaktiva 5 885 437,95 Mk. 4. Einnahmenüberschüsse: a) Laut Rechnung 155 151,65 Mk.; b) An Straßen- und Kanalisationen, Forderungen an solchen im Privatbesitz befindlichen Grundstücken, welche noch nicht überbaut sind (ohne Berücksichtigung derjenigen, welche zurzeit Eigentum der Stadt sind) 424 325,15 Mk., zusammen 579 476,80 Mk. 5. Kassenborrat 190 136 Mk. 6. Gerätschaften 2 906 486 Mk. 7. Materialien und Naturalien 454 627,73 Mk. Summa Vermögen: 85 050 795,08 Mk. Hierunter ab die Schulden mit 43 394 046,33 Mk. Daher reines Vermögen der Stadtgemeinde 41 656 748,75 Mk. Hierzu reines Vermögen der Sparkasse 1 994 590,23 Mk. Gesamtsomme des Vermögens 43 656 338,98 Mk. In dem Betrag von 41 656 748 Mk. ist nicht enthalten der Anlagewert (Bauaufwand) des Straßensammlungs, der im Vermögensstand des Rieselsgutes nicht zum Ausdruck kommt mit rund 2 709 800 Mk. In vorstehender Vermögensdarstellung sind bei den Gebäuden die Anschaffungskosten, bei den Liegenschaften die Verkaufswerte und bei den gewerblichen Unternehmen die Ertragswerte zugrunde gelegt.

Nahrungsmittelkontrolle. Nach dem Polizeibericht wurden im Monat August 12 Proben verschiedener Nahrungsmittel erhoben; 8 Weineisproben wurden dem öffentlichen Untersuchungsamt beanstandet. 8 Körbe mit unreinem Obst und fünf Körbe mit verdorbenen Steinpilzen wurden auf dem Wochenmarkt beschlagnahmt. Wegen Verkaufs giftiger Pilze gelangte eine Person zur Anzeige. Bei der Kontrolle von 2909 Kannen Milch wurden 33 Proben erhoben und 14 davon beanstandet. Wegen Milchfälschung wurde der Landwirt Ulrich Rietkerer in Rischhofen zum Schöffengericht in Staufen zu 80 Mk. oder 30 Tagen Haft verurteilt.

Kapitalistische Wohltätigkeit. Wenn irgendwo ein Millionär bei seinem Willen oder zu Lebzeiten eine namhafte Geldsumme für einen „wohlthätigen Zweck“ aussetzt, läßt die bürgerliche Presse diese Gelegenheit nicht vorbegehen, ohne mit selbstzufriedenem Besagen den „hochherzigen Stifter“ und sein Vermögen zu preisen und wenn dann die Kreise, denen die Stiftung zugehört ist, nicht ohne weiteres in die Lobeshymnen einstimmen, dann redet man von „schönerm Ulanen u. dergl. Wenn irgend einem armen Schüler ein Geschenk zuteil wird, dann erwartet man doch, daß er wenigstens „danke“ sagt. Das ist doch rein menschlich und billig. Aber die Arbeiter sind eben nie zufrieden; sie wissen gar nicht, was gut man es mit ihnen meint. Statt für die empfangenen Wohlthaten zu danken, sträuben sie sich wohl gar dagegen. Da wäre es schließlich kein Wunder, wenn die reichen Leute ihr Geld in der Tasche behalten ufm. So etwa lautet in der Regel das Gefasel, wenn Arbeiter sich unterfangen, die kapitalistische Wohltätigkeit kurzweg abzulehnen. Wir werden uns freilich durch alles Gerede vom Rein-Menschlichen nicht irre machen lassen. Das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern ist rein ökonomisch und für den Unternehmer so sehr lediglich Geschäftssache, daß sich Worte wie „Hochherzigkeit“ oder „Edelmüt“, auf dieses Verhältnis angewendet, wie ein grotesker Spott ausnehmen. Der Arbeiter ist von seinem Ausbeuter so wenig jene schönen Tugenden gewöhnt, daß er, wenn sie ihm aus seinem Munde entgegenfliegen, stufig und mittrauisch wird. Und wie sehr dieses Mißtrauen gerechtfertigt ist, das lehrt uns ein kritischer Blick in die Geschichte kapitalistischer Wohltätigkeit.

Welche Leute sind es denn, die hier und da in mehr oder weniger geschmackvoller Weise einen winzigen Bruchteil ihres Vermögens hergeben für wohltätige Zwecke? Sind es nicht die Millionäre und Milliardäre? Woher haben sie ihre Millionen? Haben nicht tausend fleißige Arbeiterhände Tag und Nacht schuften müssen, um jene Unsummen an Mehrwert zu schaffen, die die Taschen der Millionäre füllen? Was sie mit Vöflein geben, das haben sie vorher mit Schweiß genommen. Kann man das noch Wohlthat nennen? „Als ob dem Proletariat damit gegönnt wäre, daß ihr ihn erst bis aufs Blut ausaugt, um nachher seinen selbstgefälligen, pharisäischen Wohlthätigkeitsspiegel an ihm über zu können und vor der Welt als gewaltige Wohlthäter dazustellen, wenn ihr dem Ausgefogenen den hundertsten Teil dessen wiedergebte, was ihm zukommt!“ So schrieb Friedrich Engels vor 33 Jahren über die englische Bourgeoisie aller Länder. Lieberall, wo es eine kapitalistische Entwicklung gibt, da wird sie auch von ihrer höchsten Blüte, der kapitalistischen Wohlthätigkeit, begleitet. Wenn Proletariat, die die Not am eigenen Leibe kennen gelernt haben, ihr Scherlein hergeben, um fremde Not zu lindern, so geschieht das aus dem Bewußtsein der Solidarität aller ausgebeuteten und Elenden, aus Massenbewußtsein. Solange Gassen weiß man nicht zurück, denn man weiß, aus welcher Gesinnung sie gegeben werden. „Es kann uns allen Gleiches ja begegnen“. Warum aber gibt der Kapitalist?

Etwa aus dem menschlich schönen Gefühl, fremde Not zu lindern? Wäre das seine rechte Absicht, wahrlich, ihm ständen andere Mittel zur Verfügung. Aber seine Taten beweisen das Gegenteil. Wo immer Arbeiter unter Ausbeutung aller Kräfte sich bemühen, ihre jämmerlichen Lohnverhältnisse zu verbessern, da sind es die Unternehmer, die mit größter Mißachtlosigkeit sich gegen jede Verbesserung der elenden Lage „ihrer“ Arbeiter stemmen; jede, auch die lächerlich kleinste Lohnhöhung muß ihnen mit Zähnen und Zangen entrispen werden. Bei solchen Lohnkämpfen lernt der Arbeiter das menschenfreundliche Herz des Kapitalisten zu Genüge kennen. Und häufig sind es gerade solche Unternehmer, die ihren Arbeitern schlechte Löhne zahlen, die nachher, wenn sie durch die schamloseste Ausbeutung unerhörte Reichtümer zusammengescharrt haben, sich mit ihrer Wohlthätigkeit preizen. Ist es schon ohnehin schwer, Wohlthaten zu empfangen, so ist es unerträglich, sie hinzunehmen von jemandem, von dem wir wissen, daß er durch unser Elend groß geworden ist. Da wird jede Wohlthat zur Plage.

Aber das schöne Bild ist noch nicht vollständig. Wenn der Kapitalist seine Wohlthaten nicht spendet, um dem Proletarischen Elend abzuhelfen, warum dann? Mit dürren Worten sei's gesagt: der Kapitalist ist wohlthätig aus Interesse. Selbst die Automobile der Kapitalisten fahren nicht so schnell, daß ihre Besitzer nicht dann und wann einen Blick tun müßten in das zum Himmel schreiende Elend des arbeitenden Volkes. Und das geht auf die Nerven! Man will doch seine Ruhe haben! Und vor allem: die Kanäle sind ungenügend, wenn der Magen gar zu arg knurrt! Da klebt man dann so ein Wohlthätigkeitsplättchen auf die Wunde, wohl wissend, daß das die Not nicht annähernd beseitigen kann, aber mögen die Elenden immer hungern; wenn sie nur stille sind! Das ist das Verhängnisvolle der kapitalistischen Wohlthätigkeit. Sie verpflichtet den Arbeiter. Bei eintretende

Katholischer Jugendverein. Der Verband dieser jungen Vereinigung der Erzdiözese Freiburg tritt mit einem Jahresbericht hervor, dem wir einige Stellen entnehmen. Der Verband wurde am 8. Dezember 1906 in Offenburg gegründet, ist also zwei Jahre alt. Der Verband zählt 59 Vereine mit circa 3100 ordentlichen und 350 Ehrenmitgliedern. 44 Vereine haben Bibliotheken. Der Verbandsorgan ist „Der treue Kamerad“.

Bulach, 10. Sept. Selbstmord oder Unglücksfall? Heute früh fand bei der Straße Karlsruhe-Etlingen kontrollierende Wächter oberhalb des Bahnhofes Weierheim die Leiche des 28 Jahre alten lebigen Verthold Böller, Sohn der Witwe E. Böller von hier, fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt vor. Der Kopf war vollständig vom Rumpfe getrennt und der linke Fuß bis oberhalb des Knöchels vollständig samt Stiefel zermalmt. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist nicht bekannt.

Achern, 9. Sept. Die hiesige Industrie- und Gewerbeausstellung erfreut sich zurzeit eines guten Besuches. Hoffentlich schließt das Unternehmen finanziell gut ab. In der Ausstellung treiben die Langfinger ihr Unwesen. Dies könnte leicht verhindert werden, wenn mehr Aufsichtspersonal vorhanden wäre. Am 27. September soll der Zubüaumstrunnen enthüllt werden. Aus diesem Anlaß findet ein Festzug und Kinderbelustigung statt.

Hüfingen (Amt Donaueschingen), 10. Sept. Heute früh nach 7 Uhr entstand in der weitbekannten Erziehungsanstalt Marienhof, welche etwa 80 Zöglinge beherbergt, Feuer. Der Dachstuhl, sowie das oberste Stockwerk wurden vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 20 000 Mk. Man vermutet, daß Zöglinge den Brand angelegt haben. Einer derselben soll verschwinden sein. Die Hüfinger Feuerwehr hatte den Brand bald bewältigt, denn an Wasser fehlte es hier nicht, auch nicht an Einern, wie feinerzeit in Donaueschingen.

Wahlen (bei Lörrach), 10. Sept. Unglücksfall. Der 40 Jahre alte verheiratete Landwirt Fridolin Maier stürzte so unglücklich, daß er einen Schädelbruch erlitt und kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Maier ist Vater von 6 noch unmündigen Kindern.

Stodach, 9. Sept. Das frühere Weinrestaurant Munt, Herrn Franz Homburger gehörig, ging letzter Tage um den Preis von 31 000 Mk. in den Besitz des Restaurateurs Herrn Schmid über, welcher vorher Wächter der dem Kaufmann Karl Pfeiffer gehörenden Wirtshaft war. Auf der letztgenannten Wirtshaft herrscht ein steter Wechsel, worüber sich aber derjenige, der die Verhältnisse kennt, nicht wundert. Jeglicher Wächter ist Herr Joh. Jaeger, früher Wirt zum „Goldenen Anker“ in Hahr.

Ludwigshafen (Amt Stodach), 9. Sept. Noch glimpflich abgelaufen ist ein Zusammenstoß eines Automobils mit einem Radfahrer, der sich gestern Mittag auf der Straße nach Stodach ereignete. Auf der Hauptstraße, in der Nähe der „großen Bucht“, wurde der Fahrer von dem Automobil, das in rasendem Tempo die steile Straße herabfuhr, über den Bergabhang geworfen, wo er liegen blieb. Nach einiger Zeit versuchte er, sein Rad wieder zu besteigen, was ihm jedoch infolge der erlittenen Verletzungen unmöglich war. Die Insassen führen wie in den meisten Fällen — unbekümmert um den Verletzten, welcher vom nahen Meersburg stammen soll, davon und zwar in der Richtung nach Ueberlingen. Leider konnte die Nummer des Autos nicht festgestellt werden. Für solch rücksichtslose Vorfälle wäre eine Tracht Prügel manchmal sehr angebracht.

August-Wahlen, 10. Sept. Noch ein Opfer. Der Tod des 19jährigen Maures und Schiffsmanns Josef Kläuser ist noch in aller Erinnerung und schon wieder kommt von den Stauwehrenten August-Wahlen die Nachricht, daß beim Transport einer Drehbank ein in Wyhlen wohnhafter Familienvater lebensgefährlich verunglückt sei. Der Verunglückte soll mittlerweile gestorben sein. — Wie lange wird es noch dauern, bis die zuständigen Behörden umfassende Unfallversicherungsmaßnahmen erlassen? Oder ist das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gar nichts mehr wert? Ein staatlich angestellter Bauinspektor wäre hier am Platze!

Rebdesheim, 10. Sept. Zum Fall Joachim. Dieser Tage fand eine Versammlung der hiesigen Mitglieder des Ladenburger Vorschubvereins statt. Herr Rechtsanwalt Schmidt verbreitete sich über den „Fall Joachim“ und führte aus, daß der Ladenburger Vorschubverein laut Gesetz unbedingt für den Schaden, den sein Bevollmächtigter Joachim angerichtet, haftbar sei. Auf Vorschlag des Herrn Bürgermeisters Lehmann wurden die Herren E. Kraus, H. Feing und H. Heron bevollmächtigt, mit dem Vorstand des Ladenburger Vorschubvereins in Unterhandlung zu treten, um zu versuchen, die ledige Angelegenheit auf gutlichem Wege zum Austrag zu bringen. Als Grundbedingung der Verhandlungen hat aber unbedingt zu gelten, daß kein Schuldner mehr, als er tatsächlich schuldet, an den Vorschubverein zu zahlen haben soll. Den ganzen Schaden hätte hiernach also der Vorschubverein zu tragen. Nebenbei sei bemerkt, daß die tatsächlichen Schulden der Rebdesheimer beim Vorschubverein Ladenburg nur etwa 60 000 Mk. betragen, während dieselben nach Joachims Fälschungen gegen 200 000 Mk. betragen würden.

Mannheim, 10. Sept. Die Tagelöhner Valentin Orth, Rudolf Fried und der Schleifer Georg Babelosky begingen in diesem Sommer zahlreiche Einbruchsdiebstähle. Ihre Spezialität war das Klündern von Geflügelställen, aber sie machten auch schwierigere Sachen. So stahlen sie der Löwensteinischen Manufakturwarenhandlung einen nächtlichen Besuch ab und erbeuteten Stoffe und Änzüge im Werte von 600 Mk. und 18 Mk. in bar. Orth ist der Vater des Mädchens, das voriges Jahr von dem Automobil des Fringen May überfahren, aber nur leicht verletzt wurde. Das Kind erhielt ein ansehnliches Schmerzensgeld, das auf der Sparkasse angelegt wurde. Die Einlage wurde, da der Vater als Lump bekannt ist, gesperrt. Orth wußte sich zu helfen. Er radizierte den Sperrenvermerk aus, erhob das Geld und brachte es durch. Wegen dieser Urkundenfälschung kommt er nächstens vor das Schwurgericht. Die Angeklagten sind auch des Kirchenraubs in Redarau so gut wie überführt und werden deshalb nochmals vor der Strafkammer erscheinen.

Mannheim, 10. Sept. Ein ungemein schweres Sittlichkeitsverbrechen kam jetzt nach 4 Jahren an den Tag, das der jetzt 30 Jahre alte Tagelöhner Joh. Krupp aus Reisk an einem 9jährigen Mädchen verübt hatte. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen der Tat wurde Krupp von der Strafkammer zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vor 9 Jahren wurde hier selbst ein Mann wegen Betrugs im wiederholten Rückfall freigesprochen, der wegen seiner Vorfahrungen eine schwere Strafe zu gewärtigen hatte. Bei der Vorführung zur Vernehmung durch den seit zwei Jahren pensionierten Gerichtsdiener Seiz entwischte er demselben. Der Ausreißer war und blieb verschwunden. Die Sehnacht nach der Heimat hat ihn wieder aus Amerika hierher getrieben.

Sittlichkeitsverbrechen. Der Portier der Rhein. Gummi- und Zellulosefabrik, Abt. Rheinau, Alb. Kraft, wurde gestern von der Gendarmenrie verhaftet und ins Amtsgefängnis hier eingeliefert. Die Verhaftung erfolgte wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen in 30 Fällen.

Virtenau (bei Weinheim), 10. Sept. Die seit 10 Tagen verschwundene 34jährige Mathilde Krenz wurde heute früh bei einer nochmaligen Untersuchung des Beschäftigten am Necken der Spenglerischen Mühle als Leiche aufgefunden. Ob Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, wird die heutige Untersuchung ergeben.

Aus dem Oberrhein, 9. Sept. Milchpantfächer. Auch in der Zentrumsdomäne Oberrhein hat die Milchpantfächer bereits beträchtliche Ausdehnung genommen. Wohl kaum eine Gerichtsverhandlung verstreicht ohne einen Milchpantfächerprozess. Die Milchpantfächer auf dem Land sind durchweg fromme Kirchenläufer. Ihre Frömmigkeit hält sie aber nicht ab, aus schmöder Gewinnsucht ihre Mitmenschen in niederträchtiger Weise zu betrogen. Die Milchpantfächer verfallen meist auf die lächerlichsten Erklärungsversuche und Entschuldigungsgründe. „Die Auspflüfung“ des Milchmeiers durch das „unerschaffene“ Dienstmädchen ist die gebräuchlichste Entschuldigungsmethode. Eine neue Idee

Wohntämpfen darf er — aus Dankbarkeit! — nicht den Mund aufstun. So redet der Kapitalist. Darum ist seine Wohlthätigkeit ein Geschäft, und ein unehrliches und schamloses obendrein, weil dabei die Notlage der Arbeiter für den eigenen Vorteil ausbeutet wird.

Der kapitalistische Wohlthäter ist weit davon entfernt, dem Arbeiter ein Recht auf eine menschenwürdige Lebenshaltung zuzugestehen; darum tragen seine „Wohlthaten“ den Stempel des Almosen an der Stirn. Almosen aber gibt man dem Bettler. Zum Bettler also wird der Arbeiter, der die Mißsegeninnenschaft, erniedrigt, ehe es dem reichen Schlemmer gefällt, die Sonne seiner Gnade leuchten zu lassen. So will es die kapitalistische Wohlthätigkeit. „Wohlthätigkeit, die den, der sie gibt, noch mehr entmenscht, als den, der sie nimmt. Wohlthätigkeit, die den Zerkerten noch tiefer in den Staub tritt, die da verlangt, der entmenschte, aus der Gesellschaft ausgestoßene Paria soll erst auf sein letztes, auf seinen Anspruch an die Menschheit verzichten, soll erst um ihre Gnade betteln, ehe sie die Gnade hat, ihm durch ein Almosen den Stempel der Entmenschung auf die Stirne zu drücken!“ (Engels, Lage der arbeitenden Klassen.)

Man weiß wirklich nicht, was häßlicher und verabscheuungswürdiger an der kapitalistischen Wohlthätigkeit ist: die Geisteslosigkeit, mit der sie die Not der arbeitenden Mitmenschen ausnützt für ihre egoistischen Zwecke, oder die pharisäische Selbstgefälligkeit, mit der sie sich im eigenen Glanze preizt, auf daß sie von den Leuten gesehen werde. Man erinnert sich an gewisse Kirchen- und Denkmalweihenungen unter Weisheit „höher und höchster Herrschaften“. Mit einem durch die Erfahrung geschärften Instinkt weiß der Kapitalist, daß die „christliche“ Kirche ihm eine kräftige Helferin ist in seinem Bestreben, das Volk in der Dummheit zu erhalten, indem sie die Gehirne mit bögen Jenseitshoffnungen verflücht. Darum wenden auch die „hochherzigen Stifter“ ihre Schenkungen mit Vorliebe frommen Anstalten zu. So wird das liebliche Bild der kapitalistischen Wohlthätigkeit gekrönt durch infame Bigotterie.

Was haben wir mit alledem zu tun? Nichts. Also fort damit! Die Klassenbewußte Arbeiterchaft dankt für eure Wohlthaten. Wir wollen Rechte und keine Gnade. Und weil wir wissen, daß der Kapitalismus uns unsere Rechte vorenthält, darum bekämpfen wir ihn und werden nicht eher ruhen, als bis unser Fuß ihn auf dem Nacken sieht. Das soll unser Dank sein für eure Wohlthaten!

Wohntämpfen darf er — aus Dankbarkeit! — nicht den Mund aufstun. So redet der Kapitalist. Darum ist seine Wohlthätigkeit ein Geschäft, und ein unehrliches und schamloses obendrein, weil dabei die Notlage der Arbeiter für den eigenen Vorteil ausbeutet wird.

Der kapitalistische Wohlthäter ist weit davon entfernt, dem Arbeiter ein Recht auf eine menschenwürdige Lebenshaltung zuzugestehen; darum tragen seine „Wohlthaten“ den Stempel des Almosen an der Stirn. Almosen aber gibt man dem Bettler. Zum Bettler also wird der Arbeiter, der die Mißsegeninnenschaft, erniedrigt, ehe es dem reichen Schlemmer gefällt, die Sonne seiner Gnade leuchten zu lassen. So will es die kapitalistische Wohlthätigkeit. „Wohlthätigkeit, die den, der sie gibt, noch mehr entmenscht, als den, der sie nimmt. Wohlthätigkeit, die den Zerkerten noch tiefer in den Staub tritt, die da verlangt, der entmenschte, aus der Gesellschaft ausgestoßene Paria soll erst auf sein letztes, auf seinen Anspruch an die Menschheit verzichten, soll erst um ihre Gnade betteln, ehe sie die Gnade hat, ihm durch ein Almosen den Stempel der Entmenschung auf die Stirne zu drücken!“ (Engels, Lage der arbeitenden Klassen.)

Man weiß wirklich nicht, was häßlicher und verabscheuungswürdiger an der kapitalistischen Wohlthätigkeit ist: die Geisteslosigkeit, mit der sie die Not der arbeitenden Mitmenschen ausnützt für ihre egoistischen Zwecke, oder die pharisäische Selbstgefälligkeit, mit der sie sich im eigenen Glanze preizt, auf daß sie von den Leuten gesehen werde. Man erinnert sich an gewisse Kirchen- und Denkmalweihenungen unter Weisheit „höher und höchster Herrschaften“. Mit einem durch die Erfahrung geschärften Instinkt weiß der Kapitalist, daß die „christliche“ Kirche ihm eine kräftige Helferin ist in seinem Bestreben, das Volk in der Dummheit zu erhalten, indem sie die Gehirne mit bögen Jenseitshoffnungen verflücht. Darum wenden auch die „hochherzigen Stifter“ ihre Schenkungen mit Vorliebe frommen Anstalten zu. So wird das liebliche Bild der kapitalistischen Wohlthätigkeit gekrönt durch infame Bigotterie.

Was haben wir mit alledem zu tun? Nichts. Also fort damit! Die Klassenbewußte Arbeiterchaft dankt für eure Wohlthaten. Wir wollen Rechte und keine Gnade. Und weil wir wissen, daß der Kapitalismus uns unsere Rechte vorenthält, darum bekämpfen wir ihn und werden nicht eher ruhen, als bis unser Fuß ihn auf dem Nacken sieht. Das soll unser Dank sein für eure Wohlthaten!

Wohntämpfen darf er — aus Dankbarkeit! — nicht den Mund aufstun. So redet der Kapitalist. Darum ist seine Wohlthätigkeit ein Geschäft, und ein unehrliches und schamloses obendrein, weil dabei die Notlage der Arbeiter für den eigenen Vorteil ausbeutet wird.

Der kapitalistische Wohlthäter ist weit davon entfernt, dem Arbeiter ein Recht auf eine menschenwürdige Lebenshaltung zuzugestehen; darum tragen seine „Wohlthaten“ den Stempel des Almosen an der Stirn. Almosen aber gibt man dem Bettler. Zum Bettler also wird der Arbeiter, der die Mißsegeninnenschaft, erniedrigt, ehe es dem reichen Schlemmer gefällt, die Sonne seiner Gnade leuchten zu lassen. So will es die kapitalistische Wohlthätigkeit. „Wohlthätigkeit, die den, der sie gibt, noch mehr entmenscht, als den, der sie nimmt. Wohlthätigkeit, die den Zerkerten noch tiefer in den Staub tritt, die da verlangt, der entmenschte, aus der Gesellschaft ausgestoßene Paria soll erst auf sein letztes, auf seinen Anspruch an die Menschheit verzichten, soll erst um ihre Gnade betteln, ehe sie die Gnade hat, ihm durch ein Almosen den Stempel der Entmenschung auf die Stirne zu drücken!“ (Engels, Lage der arbeitenden Klassen.)



aber reifte kürzlich in einer Bäuerin, die den Wasserzulaß in der Milch durch die Behauptung zu decken wußte, die Kuh habe zu viel Wasser gefressen, hätte auch im Regen gestanden und habe überdies verregnetes Heu gefressen. — Das Gericht prämierte diese „neue Erfindung“ mit 60 M. Die Gerichte sollten den schuldigen Zentrumsbauern, die bei der Milchpantischei erfaßt werden, ganz gehörig auf die Finger klopfen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 11. Sept.

Achtung, Arbeiterinnen!

Das Gewerkschaftskartell veranstaltet in den nächsten Tagen mehrere Versammlungen für die Arbeiterinnen. Am Sonntag Nachmittag findet eine Versammlung für die Dienstmädchen im „Prinz Heinrich“ statt, abends eine Arbeiterinnen-Versammlung in Klein-Rüppur im „Grünen Baum“, für Montag Abend ist eine Versammlung der Arbeiterinnen aller Branchen im „Auerhahn“ in Aussicht genommen, es folgt Dienstag Nachmittag eine Zeitungsträgerinnen-Versammlung und am Dienstag Abend eine Arbeiterinnen-Versammlung in der Bahnhofsrestauration zu Mörsh. Wir richten hiermit an alle Partei- und Gewerkschafts-genossen die dringende Aufforderung, für einen starken Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Nur zu lange schon sind die erwerbstätigen Frauen und Töchter von der Teilnahme an der Arbeiterbewegung ferngeblieben, es muß hierin Aenderung eintreten, tue deshalb jeder seine Pflicht, damit die nächsten Tage den Anfang zur Besserung bringen.

Milchzuschlag in Sicht!

Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt die hiesige Milchzentrale den Preis für offene Milch pro Liter auf 22 Pf., für Flaschenmilch auf 25 Pf. zu erhöhen. Ob die privaten Händler diese Erhöhung mitmachen werden, steht noch nicht fest. Jedenfalls aber bedeutet diese Preissteigerung bei einem der unentbehrlichsten Lebensmittel für viele, namentlich für Arbeiter mit zahlreicher Familie, eine empfindliche Belastung des Haushaltungsbudgets, in vielen Fällen wird sie Unternahrung, namentlich bei den Kindern, zur Folge haben.

Der Verband süddeutscher Eisenbahner

feiert am nächsten Samstag den 12. September im Saale des „Kolosseums“ sein 4. Stiftungsfest. Die Ortsverwaltung hat sich bemüht, bei Ausgestaltung des Programms allen Besuchern — alt und jung — möglichst Rechnung zu tragen; sodas ein reger Besuch von Seite der Gewerkschaftsangehörigen und deren Angehörigen zu erwarten wäre. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in heutiger Nummer.

Die Zeitung muß doch voll werden.

Auch in Arbeiterkreisen begegnen wir noch der vielfach un sinnigen Lebensart: Die Zeitung muß doch voll werden: Fernstehende, die nie in das interne Leben einer großen Zeitung hineingeblickt haben, können sich gar keine Vorstellung machen, welche ungeheures Aufgebot von Menschenkraft dazu gehört, um fast täglich der neugierigstehenden Welt die geistige Nahrung in Gestalt Dutzender von Zeitungspalten zu servieren. Was hier mit Druckerzwänge überfüllt aufgetischt wird, ist nur der allerfeinste, ausgewählte Teil des kolossalen Materials, das den Zeitungsleuten täglich, ja stündlich auf den Arbeitstisch flattert. Wenn alle zum Abdruck gewünschten Einsendungen auch wirklich gedruckt werden sollten, müßte die Zeitung jeden Tag als starker Band erscheinen.

Wißt ihr aber, verehrte Leser, was das kostbarste an einer empfehlenswerten, gut geleiteten Zeitung ist? Das ist der verfügbare Platz. Nicht mit jeder Spalte — nein, mit jeder Zeile muß oft auf das peinlichste gerechnet werden. Selbst das eingehende, in sich durchaus brauchbare Material türmt sich zu solchen papierernen Bergen auf, daß auch hierunter immer wieder eine sorgfältige Auswahl getroffen werden muß. Ja, es kommt bei dem eigentlich chronischen Platzmangel vor, daß schon zum Abdruck bestimmte Manuskripte zurückgestellt und schließlich aus dem Satz ganz herausgenommen werden müssen, weil noch Wichtigeres dringend und unverzüglich die Aufnahme erheischt. Manah ein gelegentlicher Mitarbeiter schimpft dann wohl auf sein Leid, ergan und sagt wütend: „Na, ja, solche Sachen nehmen sie nun auf, aber meine Arbeit liegt in den Papierkorb!“ Gemach, lieber Leser, nicht so stürmisch. Bloß von dem oft sehr konfuslen oder höchst gleichgültigen Zeug, das gewisse Leute mit größter Wichtigkeit überbringen, um dem vielgeplagten, stets geduldig zuhörenden Redakteur die kostbare Zeit zu stehlen, könnte die Zeitung schon so ziemlich „voll werden“.

Jeder einzelne glaubt eben, daß seine Mitteilung — und hat sie auch nicht das geringste öffentliche Interesse — etwas ganz besonders Wichtiges ist und unbedingt „in die Zeitung rein muß“. Für den Redakteur sind aber ganz andere Gesichtspunkte maßgebend, als für den Leser. Er muß an tausend Rücksichten denken, von denen die liebe Öffentlichkeit nichts ahnt. Selbst die freimütigste, unerschrockenste Presse muß mit manchem, was sie lebensgern veröffentlichen möchte, klug und vorsichtig hinter dem Berge halten. Polizeiwillkür, Justizpraxis und Wetterfahrpolitik zwingen dazu. Aus tausend Verboten, die jede andere Zeitung unbedenklich bringen könnte, würden einem sozialdemokratischen Organ ebenso viele Gefängnisstriche gedreht werden. Daß ungeachtet dieser die persönliche Sicherheit unterbindenden Gefahr die sozialdemokratische Presse unzählige Rücksichten totschweigt, in ihren Spalten gebührend festmagelt, ist ebenso allgemein bekannt, wie, daß sie für diesen Freimut oft genug mit der Person und mit dem Geldbeutel herhalten muß. Müge also niemand, der da glaubt, daß wir seine Geistesprodukte nicht mit genügender Hochachtung behandeln, sich verlegt fühlen und sich mit der Versicherung begnügen, daß Berücksichtigung findet, was berichtigungswert erscheint.

\* Messerheld. In der Nacht zum 6. ds. Mts. gerieten ein lediger, stellenloser Bäckerbursche aus Maßsch und ein lediger Metzgerbursche von hier in der östlichen Kaiserstraße in Wortwechsel, wobei es zu Tätlichkeiten kam und der Bäcker von dem Metzger mit einem kleinen Stellmesser 3 Stiche erhielt, die aber nicht lebensgefährlich sind.

\* Unfall. Gestern Abend um halb 7 Uhr stießen Ecke der Schlachthofstraße und Durlacher Allee ein Radfahrer von Obergrumbach mit einem Lastkraftwagen einer hiesigen Bierbrauerei zusammen, wobei der Radfahrer ca. 10 Meter geschleift wurde und unter den Wagen kam. Er wurde erheblich verletzt und auf seinen Wunsch per Bahn seinen Eltern zugeführt. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, wird die eingeleitete gerichtliche Untersuchung zeigen.

Neues vom Tage.

Ludwigsburg, 10. Sept. Der Besitzer einer hier erst kurze Zeit eröffneten chemischen Wascherie, Ceuser, wurde gestern Morgen in seinem Arbeitsraum tot aufgefunden. Es scheint Gasvergiftung vorzuliegen.

Riechheim a. T., 9. Sept. In der hiesigen Handelslehranstalt hat sich heute früh ein aus England hierher gekommener Schüler infolge unglücklicher Liebe vergiftet. Die Leiche wurde ins Leichenhaus überführt.

Leonberg, 10. Sept. In der Gemeinde Heimerdingen hat ein unheimlicher Gast, der Typhus, seinen Einzug gehalten. Vorige Woche starb eine 33jährige Frau an dieser Krankheit; ein Dienstmädchen mußte ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden. Außerdem liegen noch einige weitere Personen an dieser Krankheit darnieder.

Vom untern Neckar, 10. Sept. Ein Schwindler machte in der letzten Zeit die Gegend unsicher. Derselbe gab sich, wie dem „D. B.“ berichtet wird, für einen Agenten des Stuttgarter „Neuen Tagblattes“ aus. Er hatte es namentlich auf die Wirtschaften abgesehen, ließ sich von den Wirten 1,34 M. bezahlen und betonte, daß ihnen gegen diesen ausnahmsweise billigen Bezugspreis das umfangreiche Blatt in den nächsten Tagen zugehen werde. Da er von dem Betrag so ziemlich die Hälfte in vier umsetzte, so dürfte er ziemlich Abkommen gewonnen haben. Durch einen legitimierten Agenten des genannten Blattes, der in den letzten Tagen seine Tätigkeit entfaltet, kam der Schwindler auf; denn heute noch sind die Besteller nicht im Besitze des bestellten Blattes. Der Schwindler ist von schlanker Gestalt, schwächling und trug einen grauen Anzug. Er mochte gegen 35 Jahre zählen und war bartlos.

Frankfurt a. M., 10. Sept. Anlässlich der in Dimbach in der Pfalz stattgehabten Kirchweihe kam es zur Nachtzeit zwischen auswärtigen Burschen zu einer wüsten Kauferei. Schüsse krachten, Fensterscheiben klirrten und die Dolche blitzten im Mondschein. Als man das Schlachtfeld nachher besah, fand man 10 Schwerverletzte auf dem Boden liegen.

In Frankenthal wurde der 64jährige Geizer Michael Bengert und dessen 24jährige Tochter wegen Blutschande verhaftet.

Nachen, 10. Sept. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern auf der Strecke zwischen Eupen und Montjoie. Der Benzinhälter eines Automobils, in welchem sich 5 Personen befanden, explodierte. Eine Dame und ein Knabe wurden auf der Stelle getötet, während die drei übrigen Insassen schwere Verletzungen davontrugen.

Hannover, 10. Sept. Der Untertertianer Duden auf der hiesigen Realschule begab sich heute früh in das Lehrerzimmer, das noch leer war, befrängte einen dort stehenden Tisch mit Girlanden, legte einige Sherlock-Holmes-Schriften auf den Tisch und schoß sich eine Kugel ins Herz. Er war sofort tot. Der Schüler hatte schon mehrere andere Lehranstalten besucht.

Bielefeld, 10. Sept. Nach Genuß von Weintrauben erkrankten 2 Knaben eines hiesigen Fabrikarbeiters, der 7jährige Sohn ist gestorben, der 9jährige liegt hoffnungslos darnieder. Es dürfte sich hier um stark gekupferte Trauben handeln. Kupfer wirkt bekanntlich schon in einer kleinen Dosis als starkes Gift auf den menschlichen Körper ein. Der berühmte Biologe Professor Dr. Gustav Jäger-Stuttgart warnt schon seit Jahren vor dem Genuß von Trauben von stark gekupferten Reben. Folgt jedoch dem letzten Spritzen eine ausgiebige Regenperiode, so ist die gekupferten Trauben hinreichend gewaschen werden, so ist die Gefahr weit geringer wie bei einer Trockenperiode vom letzten Spritzen bis zur Traubenernte. Auf alle Fälle sollte man aber kleineren Kindern und Kranken, deren Organismus schwach oder geschwächt ist, Trauben aus gekupferten Reben nicht zum Genuß vorsehen. Dann spielt natürlich auch die geöffnete Quantität eine große Rolle.

Letzte Post.

Aufhebung der Fahrkartensteuer?

Berlin, 10. Sept. Im Zusammenhang mit der Reichsfinanzreform wird auch die Aufhebung der Fahrkartensteuer beschlossen werden.

Die Zeppelinpende.

Berlin, 10. Sept. Das vorläufige Gesamtergebnis der für die Zeppelinpende eingegangenen Beträge stellt sich auf 4 192 620,39 Mark.

Luftballon-Stationen.

Berlin, 11. Sept. Wie das Berliner Tageblatt von zuverlässiger Quelle erfährt, will die Militär-Verwaltung in Straßburg, Köln, Mainz und Griesheim bei Frankfurt a. M. Luftballon-Stationen errichten. Damit würde der Anfang der Errichtung von Luftflottenstützpunkten an der Westgrenze gemacht werden.

Vom dänischen Skandal.

Kopenhagen, 11. Sept. Der verhaftete frühere Justizminister Alberti wurde gestern der ersten Vernehmung durch den Untersuchungsrichter unterzogen. Diese dauerte nur kurze Zeit und brachte in allen Punkten eine Bestätigung der Ergebnisse des Verhörs Albertis durch die Polizei. Der Untersuchungsrichter erklärte nach der Vernehmung, man werde sich wahrscheinlich in der nächsten Zeit nicht mit Einzelheiten beschäftigen, weil es sich als notwendig herausgestellt habe, zuerst genaue Auskünfte von anderer Seite einzuholen. In der letzten Nacht war das Gerücht im Umlauf, daß Alberti im Gefängnis gestorben sei. Es ergab sich, daß Alberti zwar einen etwas müden, nervösen Eindruck machte, daß er sich aber sonst sehr wohl befinde. Ueber das Vermögen Albertis wurde der Konkurs eröffnet.

Kämpfe zwischen Arbeitslosen und der Polizei.

London, 11. Sept. In der vorletzten Nacht ist es in Glasgow wieder zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und der Polizei gekommen. Es sammelten sich in dem Teile der schottischen Industrie-Metropole, wo die Wohlhabenden wohnen, etwa 7000 Arbeitslose an. Arbeiter, welche aus ihrer Mitte auftraten, reizten die Menge zu Gewalttätigkeiten auf. Die Polizei mußte die Menge mit dem Knüttel auseinanderreiben. Hierauf zogen sie vor das Haus des Oberbürgermeisters und verlangten ihn zu sprechen. Die Polizei konnte nur durch schärfstes Vorgehen den Platz säubern. Die Aufstürzungen setzten sich die ganze Nacht fort. Es wurden eine große Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Mehrere Demonstranten erlitten Verletzungen.

Privat-Telegramme des „Volksfreund“.

Eine Verabingungsspiße für die Blöcker.

Berlin, 11. Sept. Die dem Fürsten Bülow nahe stehende Presse berichtet übereinstimmend, aus der näheren Umgebung des Fürsten die Mitteilung erhalten zu haben, Bülow werde nicht mit dem Zentrum zusammenarbeiten.

Warum prügeln die Polizisten freigesprochen werden.

Gera, 11. Sept. Vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts hater sich der Polizeiwachtmeister Steudel wegen Vergehen im Amte und Körperverletzung zu verantworten. Er hatte einem Angekludigten bei der Vernehmung im Gesicht geschlagen. Das Gericht sprach ihn frei, da er nicht den Willen gehabt hätte (!), dem Geschlagenen Schmerzen zu bereiten.

Die beste Antwort.

Magdeburg, 11. Sept. Wohl infolge der in letzter Zeit sich häufenden polizeilichen Eingriffe hat der sozialdemokratische Verein in wenigen Tagen um 600 Mitglieder zugenommen. — Bravo! Nachmachen!

Eine antikerikale Demonstration.

Dresden, 11. Sept. Die österreichischen Merikalen beabsichtigen, in der Nähe der sächsischen Grenze eine Demonstration zu veranstalten. Die Sozialdemokraten und Deutsch-Freiwirtschaftlichen antworteten auf diesen Plan mit einer Gegendemonstration, an der sich 9000 Sozialdemokraten beteiligten. Es sprachen die Abgg. Sanisch und Bernhard (Wien). Die Absicht der Merikalen wurde dadurch vereitelt.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. („Lassallia“) Heute Freitag punkt halb 9 Uhr Gesamtsprobe. Nach der Singstunde Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Bundes-Generalversammlung und schiebendes. Erscheinen aller, auch der passiven Mitglieder notwendig. 4101

Karlsruhe. (Arbeiterradfahrer-Verein.) Sonntag, 13. Sept. Vereinsausfahrt nach Annweiler, Alingenmünster. Abfahrt morgens 6 Uhr am Mühlburgertor.

Donnerstag, 17. Sept. Treffen sich sämtliche Radfahrer im Schrempfchen Bierkeller. Der Vorstand.

Bulach. (Sozialdem. Wahlverein.) Samstag, 12. Sept. abends halb 9 Uhr, in der „Krone“: Mitgliederversammlung. Wohlzähliges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Grünmühl. (Sozialdem. Verein.) Morgen Samstag abends 8 Uhr in der „Wacht am Rhein“: Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Huth-Karlsruhe über den bevorstehenden Parteitag. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Ettlingen. (Arbeitergefangenverein „Eintracht“) Samstag, den 12. September, abends halb 9 Uhr, bei Frau, Mitgliederversammlung. Um pünktliches und wohlzähliges Erscheinen ersucht. 4102 Der Vorstand.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Morgen Samstag abends halb 9 Uhr im „Schwanen“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Wir eruchen die Genossen und Genossinnen, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Bruchsal. Sonntag den 13. ds. Mts. findet ein Ausflug nach Heideisheim statt. Hierzu ist die organisierte Arbeiterschaft freundlichst eingeladen. Abmarsch mittags 1 Uhr vom „Einhorn“. 4110

Freiburg. (5. badischer Reichstags-Wahlkreis.) Sonntag den 13. Sept., nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Sauto, Belferstraße: Wahlkreis-Konferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zur Budgetbewilligung. Referent: Parteisekretär Engler. Zahlreiches Erscheinen erwünscht; Guts-willkommen. 4115 Der Wahlkreisvorstand.

Triberg. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 12. ds. Mts. abends halb 9 Uhr, im „Rab“: Versammlung. 4116

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,85, gest. 21 cm, Rehl 3,04, gest. 1 cm, Magau 4,86, gest. 8 cm, Mannheim 4,21, gest. 20 cm.

Geschäftliches.

Atelier moderner Photographie

Fritz Rausch & G. Pester

Erbsprinzenstr. 3 Karlsruhe i. B. Erbsprinzenstr. 3. Mässige Preise. \* Feinste Ausführung. 2530

Billiger Einkauf ist heute die Lösung. Billig aber faulig fluge Hausfrau nur, wenn sie das Beste kauft. Sie wird sich halb auch nicht durch einen anscheinend niedrigeren Preis wegen lassen, statt der seit 20 Jahren bewährten Maggi-Wa-re, andere, meist mit hochtönenden Empfehlungen angepriesene Wärmittel in der Küche zu verwenden. Maggis Würze ist das weiß jeder Feinschmecker — eben unerreicht in Feinheit, Aroma, Ausgiebigkeit und daher Billigkeit.

Alkoholranke oder deren Angehörige!

Wendet Euch an die Beratungsstelle, Rathaus, Zimmer 84 in Karlsruhe.

Seite Me Da je Sch Phör Sonntag Hage Prese Pfg. II. P 7 Bildungsu Sonntag, der den Rit in Schloßgarte Sonntag, „Lamm“ Ref verb NB. Bormi Abends for Geschä Meiner wohnersch Obst-, von Rhein Rhein verlegt hab Obf, weisse zu ndem Wohlwollen Substanz, gütigt unte Kafé n oder Le Trau







# Warum sind die Zähne so teuer?

Besonders durch den geringen Umsatz! Mein Prinzip ist: „Grosser Umsatz, kleiner Nutzen“. Durch grosse Abschlüsse bin ich im Stande, auch Unbemittelten den Genuss eines künstlichen Zahnersatzes bieten zu können und berechne ich folgende billige Preise und bemerke ausdrücklich, dass jede Garantie für schonend schmerzlose Behandlung, für Brauchbarkeit beim Essen, für absolutes Festsitzen im Munde und naturgetreues Aussehen der von mir angefertigten künstlichen Gebisse gegeben wird, und verpflichte mich, jedem Patienten den

vollen Betrag sofort zurückzuzahlen

wenn diese Offerte nur eine Reklame ist, oder der betreffende Patient auch bei mir keine Hilfe fand.

## Künstliche Zähne von 2 Mk. an.

Weitere Nebenkosten für schonendste Behandlung u. vollständige Fertigstellung des Gebisses entstehen nicht!

➔ Ganze Gebisse (28 Zähne) von 50 Mk. an. ➔

Handwerker- und Bürgerfamilien von Mittelbaden! Nicht jeder kann so grosse Preise zahlen, wie bisher üblich, darum fort mit der alten Preisberechnung.

Umarbeiten nicht passender Gebisse 1 Mk. pro Zahn. — Reparaturen von 1 Mk. an und werden solche sofort erledigt.

Trotz meiner billigen Preise wird nur erstklassiges Material verwendet.

Zähne ohne Gaumenplatte von 5 Mk. an. ○ Stiffzähne, Kronen und Brückenarbeiten.  
 Plomben von 1 Mk. an. Zahnziehen 1 Mk. Goldplomben von 5 Mk.

## Zahnpraxis C. KÖNIG

Kaiferstraße 124b. Karlsruhe Kaiferstraße 124b.  
vis-à-vis dem Automaten-Restaurant.

Schmerzloses Zahnziehen garantiert

Schmerzloses Zahnziehen garantiert.

### Deutscher Metallarbeiterverband

Marktgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telephon 2098.  
 Karlsruhe. Vauschlofer. Samstag den 12. Sept.,  
 abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Kolosseums, Monatsversammlung.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Sauer  
 über den Bericht der Fabrikinspektion. 2. Gewerkschaftliches. Zahl-  
 reichen Besuch erwartet. 4099 Die Ortsverwaltung.

### Verband südd. Eisenbahner

Verwaltungsstelle Karlsruhe.  
 Samstag den 12. September, abends halb 9 Uhr, im  
 Saal des Kolosseums 4100

### 4. Stiftungsfest

unter gest. Mitwirkung des Gesangsvereins „Gleichheit“, der  
 „Freien Volksbühne“ etc. etc.  
 Auftreten der Luftgymnastiker Deutsch  
 und Volk.

### Grosser Ball.

Hierzu sind Gewerkschaftsangehörige nebst weiteren Familien-  
 angehörigen, sowie Freunde und Gönner unseres Verbandes zu  
 zahlreichem Besuche höflichst eingeladen.  
 Die Ortsverwaltung.

### Gesangverein Bruderbund

Karlsruhe-Mühlburg.  
 Am Samstag den 12. September 1908, abends  
 halb 9 Uhr,

### außerordentl. Mitgliederversammlung

im „Württembergischer Hof“ mit folgender Tagesordnung:  
 1. Stellungnahme zur Bundesgeneralversammlung.  
 2. Änhere nächstjährige Sängerfahrt.  
 3. Verschiedenes.  
 4080  
 Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Heute Abend halb 9 Uhr: Singstunde.

### Ortsverband der Hirsch-Dunkerschen

Gewerkvereine Karlsruhe.  
 Samstag den 12. d. M., abends 8 Uhr,  
 öffentl. Gewerkevereins-Versammlung

im Saal 3 der „Brauerei Schrempf“ (Waldstraße).  
 Tagesordnung:  
 „Zeit- und Streitfragen in der Arbeiterbewegung“  
 Referent: Kollege Erfelenz-Berlin, Zentralratsmitglied.  
 Freie Diskussion. 4098

Der Ortsverbandsauschuss.

### Freiburg i. Br.

### Geschäfts-Empfehlung.

Der Freiburger Arbeiterschaft zur gest. Kenntnisnahme, daß  
 ich vom 1. September ab im Gasthaus zur „Stadt Belfort“  
 (Ede Belfort- und Mollkestraße) neben Dinglinger Bier auch

### Münchener Bier (Kochel-Bräu)

zum Ausschank bringe.

### Gute Küche und selbstgezoogene Weine.

Um geneigten Zuspruch bittet 3983

Hochachtungsvoll

Alb. Santo, Wirt.

**Achtung!**  
**Blaue Anzüge** 4128  
 kaufen Sie am besten  
 in der  
**Kleiderfabrik**  
 Richard Pahr  
 Kronenstr. 49.

**Uhren**  
 kauft man am billigsten bei  
**Karl Billian**  
 55 Schützenstrasse 55 Uhrmacher vis-à-vis dem Auerhahn

**Regulateure**  
 14 Tage geh., m. Schlagwert  
 Größe 70 cm 12 M  
 85-90 cm 13 14 M  
 90-100 „ 14 15 16 M

**Freischwinger**  
 Größe 85 cm 13 14 15 16 M  
 in besten und stilvollen Ausführ-  
 rungen mit Gong 18 19 20 M

**Wecker**  
 gute Ware, Stück 2 M. mit Garant.  
 Große Auswahl in Wand- und  
 Taschenuhren, stets einige hundert  
 auf Lager.

Große Auswahl in Sprech-Apparaten und -Platten  
 große doppelseitige, schon zu 2 M. per Stück.  
 Trauringe ohne Köstinger 8 und 14 Kar. D.M.P. von  
 11 M. an

Empfehle mein Lager in Gold- und Silberwaren  
 zu billigsten Preisen. — Reparaturen wie bekannt billig  
 bei bester Ausführung: Taschenuhr-Reparaturen u. den  
 1.20 M. Glas 25 S.  
 Bitte mein Schaufenster zu beachten: Billigste Preise.  
 — Leiste für jede Uhr schriftliche Garantie.

**47** nur **47** nur **47**  
 Kronenstrasse Kronenstrasse Kronenstrasse

**Achtung! Aufgepasst!**  
 Empfehle ein günstiger Gelegenheitsposten in  
**Schuhwaren**

nur gute reelle Ware, so lange Vorrat reicht.  
 Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage  
 diese **Schuhwaren**, echt Boxcall Damen-  
 und Herren-Stiefel, zu **enorm billigen**  
**Preisen** abzugeben. Desgleichen empfehle  
 gute **Tuttlinger Laschenschuhe**. Es  
 versäume Niemand diese günstige Gelegenheit.

**J. Jost, zum billigen Schuhhaus**  
**47 Kronenstr. 47.**  
**47** Extra billiges Angebot für Lodenhüte! **47**

**Kernseife**  
 Ia. weiße 2 St. 24 S  
 Ia. gelbe 2 St. 23 S

**Pfannkuchseife**  
 nur mit Firmenpressung  
 weiße, garantiert voll-  
 ständig geschneitten  
 Pfund 26 S

**Ia. Schmierseife**  
 gelbe Pfund 16 S  
 weiße Pfund 18 S

**Reis-Stärke**  
 Pfund 30 S

**Bleichsoda**  
 Paket 8 S  
 Buchene

**Bügelkohlen**  
 2-Pfd.-Paket 15 S

**Putzsteine**  
 Stück 15 S  
 empfehlen 4106

**Pfannkuch & Co.**  
 G. m. b. H.  
 Verkaufsstellen:  
 34a Berberstr. 34a (am  
 Berberplatz)  
 14b Amalienstraße 14b,  
 Ede Karlstraße  
 3 Karl Friedrichstraße 3  
 (am Marktplatz)  
 35 Göthestraße 35, Ede  
 Körnerstraße  
 22 Georg Friedrichstr. 22  
 (Ede Ludwig Wil-  
 helmstr., Oststadt)  
 44 Balhornstraße 44  
 (Altstadt)  
 Mühlburg, Rheinstr. 22

**Durlach.**  
**Rastatt.**  
**Pforzheim**  
 und weitere Umgebung.

**Schöne**  
**2 Zimmer-Wohnungen**  
 (im Hinterhaus) mit Kochgas  
 per sofort oder später zu ver-  
 mieten. Näheres 3844  
 Rüppurrerstr. 20, im Büro.

**Freiburg.**  
**Lacht Radler!**  
**Gummi-Abschlag!**

Ia. Gebirgsmäntel St. M. 5.90  
 Mäntel, einfach 2.50  
 Mäntel, Prima Ware 3.50  
 Luftschläuche, einfach 2.15  
 Luftschläuche, Ia. Ware 3.20  
 Fußpumpen St. M. 1.10  
 Taschenpumpen „ „ —.75  
 Laternen „ „ 1.20  
 Griffe per Paar „ 2.40  
 Pedale „ „ 1.90  
 Ketten „ „ —.85  
 Radständer „ „ —.85  
 Prima Carbid m. D. kg —.60

**Reparaturen.**  
 Sämtliche sonstige Arbeit  
 ebenfalls staunend billig.

**J. Weiß,**  
 Alarstr. 46 im Stillinger  
 Stoeber's Greif.  
 Fahrräder!

**Arbeiter**  
 kaufen ihren Bedarf in Arbeit-  
 kleidern, Unterleidern etc. am  
 vorteilhaftesten bei  
 H. Feinger, Freiburg,  
 Unterlinden 5,  
 Grabs Weinstube gegenüber.  
 Mitglied des Rabattparverbandes

**Alona**  
**Fahrräder**  
 u. Zubehöre enorm billig  
 Kataloge gratis. Vertreter ge-  
 sucht. Fahrradhaus Wiesner  
 Freiburg i. B. C. 3290

**Brennholz**  
 geschnitten 20-25 cm, per  
 Str. 1 M. wird abgegeben  
 auf unserem Lagerplatz  
 Bannwald, Arbeitsstrasse

**Meck u. Nees**  
 3899  
 L. G. i. Lia.

**MIS**  
**Kirchweih-**  
**Mehl**  
 empfehle 4089

**Phönix-Extra-**  
**Mehl**  
 das beste Confectmehl

**5 Pfund**  
**95 Pfg.**

**Luger und Filialen**  
**Durlach.**